



## VORHABENBEZEICHNUNG

Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei,  
Wohnungsunternehmen und Kommunen –transit

## FÖRDERKENNZEICHEN

Teilvorhaben Kriminalprävention für ein sicheres  
Wohnumfeld – polizeiliche Ansätze und Strategien

## ZUWENDUNGSEMPFÄNGER

13N12787

Landeskriminalamt Niedersachsen  
Kriminologische Forschung und Statistik  
Am Waterlooplatz 11  
30169 Hannover

## LAUFZEIT DES VORHABENS

01.05.2013 – 30.11.2016

## VERANTWORTLICH

Hartmut Pfeiffer und Dr. Anke Schröder

## Schlussbericht



# Inhalt

<b>I. KURZDARSTELLUNG</b> .....	<b>1</b>
I.1  AUFGABENSTELLUNG .....	1
I.2  VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DES VORHABENS .....	5
I.3  PLANUNG UND ABLAUF DES VORHABENS .....	8
I.4  STAND DER WISSENSCHAFT .....	12
I.5  ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN STELLEN .....	16
<b>II. EINGEHENDE DARSTELLUNG</b> .....	<b>17</b>
II.1  VERWENDUNG DER ZUWENDUNG UND ERZIELTE ERGEBNISSE .....	17
II.1.1  Theoretische Grundlagen, Definitionen und Vertiefung des Forschungsdesigns - Polizeiliche Perspektiven auf die Kriminalprävention im Städtebau .....	17
II.1.2  Mitgliederumfrage bei Wohnungsunternehmen .....	22
II.1.3  „Feststellen konkreter Gefahrenräume - Raumbezogene Kriminalität“ .....	24
II.1.4  „Quantitative Bevölkerungsbefragung - Viktimisierung und Sicherheitsempfinden der Bevölkerung“ .....	28
II.1.5  Abgleich Gefahrenorte und Angsträume .....	32
II.1.6  Stadträumliche Bestandsaufnahme, kleinräumige Begehungen .....	35
II.1.7  Stakeholderbefragung Netzwerkanalyse .....	37
II.1.8  Fort- und Weiterbildung (Konzeptionierung und modellhafte Durchführung AP 14 und 18).....	37
II.1.9  Partizipation der Beteiligten: Arbeitsworkshops vor Ort .....	39
II.1.10  Handreichung .....	40
II.1.11  Implementierung sicherheitsrelevanter Aspekte über Handlungsempfehlungen ..	41
II.1.12  Übersicht.....	42
II.2  POSITIONEN DES ZAHLENMÄßIGEN NACHWEISES .....	47
II.3  NOTWENDIGKEIT UND ANGEMESSENHEIT DER GELEISTETEN ARBEIT .....	48
II.4  VORAUSSICHTLICHER NUTZEN, VERWERTBARKEIT DER ERGEBNISSE FORTGESCHRIEBENER VERWERTUNGSPLAN .....	48
II.5  ERGEBNISSE, DIE VON DRITTER SEITE BEKANNT GEWORDEN SIND .....	50
II.6  WISSENSTRANSFER UND VERÖFFENTLICHUNGEN .....	50
<b>III. ANLAGEN:</b> .....	<b>55</b>

## **I. Kurzdarstellung**

Das Forschungsvorhaben „Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen - transit“ wurde als interdisziplinäres Verbundprojekt mit zwei Verbundpartnern und einem Forschungspartner durchgeführt und durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Programm „Forschung für die Zivile Sicherheit“ im Themenfeld „Urbane Sicherheit“ von Juni 2013 bis Mai 2016 und in der Verlängerung bis November 2016 gefördert. Neben dem Landeskriminalamt Niedersachsen als Verbundkoordinator war das Deutsche Institut für Urbanistik Verbundpartner und als Unterauftragnehmer des LKA war das Büro F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH als Forschungspartner beteiligt.

Der vorliegende Schlussbericht stellt das Teilvorhaben „Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld – Polizeiliche Ansätze und Strategien des LKA Niedersachsen sowie die Ergebnisse des Forschungspartners F+B dar.

Mit dem Wissen, dass Kriminalprävention im Städtebau ein komplexes Konstrukt ist, das neben der baulich-räumlichen Ebene auch die sozialräumliche Ebene einbeziehen muss und neben staatlicher Vorsorge auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen ist (Steffen 2013), wurde das Projekt transdisziplinär angelegt. Transdisziplinarität bedeutet, dass die Zusammenarbeit verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, die dieselben Problem- und Fragenkomplexe bearbeiten auf theoretischer Ebene koordiniert werden und ein neues, bisher noch nicht dagewesenes Wissen generieren, das einen Mehrwert sowohl für die eigene Disziplin als auch disziplinenübergreifend hervorbringen kann (Balsiger 2005). Transdisziplinarität hebt fachliche und disziplinäre Parzellierung auf, löst sich aus ihren disziplinären Grenzen und verbindet Wissenschaft mit Praxis- und Alltagswissen (Mittlestraß 1995:52).

### **I.1 Aufgabenstellung**

Das Leben und damit die Anforderungen an städtische Räume verändern sich rasant, wohingegen bauliche Strukturen auf Langlebigkeit ausgerichtet sind. Nicht immer sind Stadtquartiere oder das Wohnumfeld auf die veränderten Sicherheitsanforderungen vorbereitet. Diese Diskrepanz wurde von den Verbundpartnern aufgenommen und floss als Grundlage in die Arbeit ein.

Im Projektverlauf wurden die unterschiedlichen Perspektiven der für Sicherheit zuständigen Akteure eibezogen. Eine besondere Herausforderung im Projekt stellte die Abstimmung unterschiedlicher Interessen und Begrifflichkeiten der einzelnen Akteure und die Verknüpfung von theoretischen Anforderungen aus der Wissenschaft mit nutzbaren und wirkungsvollen Anforderungen aus der Praxis dar. Wesentlich war, dass der Mehrwert für die einzelnen Disziplinen und die Handelnden schon während des Projektverlaufes vermittelt wurde.

Ziel des fachübergreifenden Forschungsteams war es daher, transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen zu erarbeiten und sie so aufzubereiten

ten, dass sie sich in die Alltagsorganisation und in das Alltagshandeln der einzelnen Beteiligten einbetten lassen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden zunächst Grundlagen für die transdisziplinäre Zusammenarbeit im Forschungsverbund geschaffen und gemeinsame Zielsetzungen hinsichtlich kriminalpräventiver Sicherheitsstrategien im Wohnumfeld formuliert.

Anschließend sind vorhandene Ansätze und Strategien städtebaulicher Kriminalprävention, ganzheitlicher Präventionsansätze und kooperativer Sicherheitsstrategien auf kleinräumiger Ebene bundesweit erfasst und zur Vorbereitung der Fallstudienarbeit vertieft worden.

Für die Erfassung bestehender Grundlagen mussten die unterschiedlichen Perspektiven der Polizei, der Wohnungsunternehmen und der Kommunen erfasst werden.

- Die kommunale Ebene wurde vom Difu vertreten. Das Difu führte eine bundesweite Erhebung guter Beispiele und eine vertiefende Netzwerkanalyse bestehender Kooperationen in den Fallstudienstädten durch (siehe ausführliche Beschreibung im Difu Teilvorhaben).
- Für die wohnungspolitische Perspektive übernahm F+B im Unterauftrag des LKA die Aufgabe, den Stellenwert sicherheitsrelevanter Aspekte in den Wohnungsunternehmen zu erfassen. Dazu wurde eine landesweite Online-Befragung durchgeführt und in den Fallstudienstädten vertiefend aufgearbeitet.
- Das LKA Niedersachsen als polizeilicher Partner brachte die polizeiliche Perspektive in das Projekt ein. Dazu wurde ein Status Quo Bericht zur Beteiligungsmöglichkeit der Polizei in städtebauliche Projekte erstellt und die Situation in den Fallstudienstädten konkretisiert. Anhand der empirischen Vertiefung konnten Potentiale zur vertieften Zusammenarbeit aufbereitet werden. Die theoretisch erarbeiteten Erkenntnisse wurden immer wieder mit den praktischen Anforderungen vor Ort rückgekoppelt.

Um aus polizeilicher Sicht die Bewertung der Zusammenhänge von Kriminalität und Raum vorzunehmen braucht es die Entwicklung und Erprobung eines polizeilichen Analyseinstrumentes. Eine Anforderung war, den Zusammenhang zwischen Raum und Kriminalität herzustellen und ein Instrument zu entwickeln, dass die Polizei dazu befähigt, sicherheitsrelevante Kriterien im Wohnumfeld zu erkennen, zu beurteilen und die polizeilich relevanten Aspekte in städtebauliche Prozesse einzubringen. Auf dieser Erkenntnis aufbauen, wurden konkrete inhaltlich Ziele sowie Ziele für das polizeiliche Management formuliert.

Die inhaltlichen Ziele bezogen sich auf die Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten zur Reduzierung raumbezogener Kriminalität und Verhinderung von Tatgelegenheiten als auch zur Verbesserung der subjektiven Sicherheit.

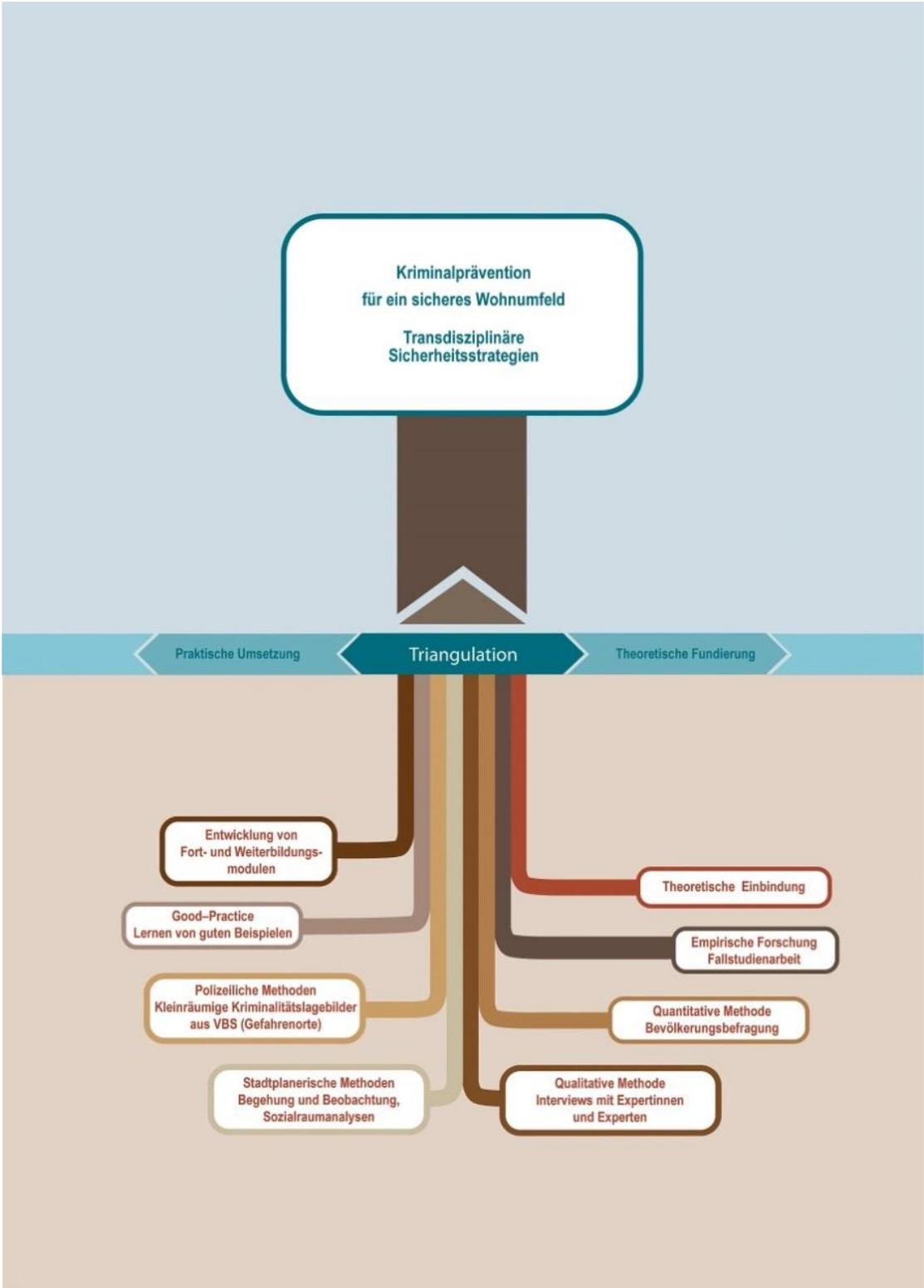
Ein strukturelles Ziel zur Einbindung polizeilichen Wissens in städtebauliche Prozesse bestand darin, der örtlichen Polizei die Relevanz städtebaulicher Kriminalprävention darzulegen und sie für die eigene Rolle als Sicherheitsakteur in städtebauliche Prozesse zu sensibilisieren. Dazu sollten die Möglichkeiten kooperativer Zusammenarbeit aufgezeigt werden.

Zur Konkretisierung wurden folgende Zwischenziele formuliert:

- Identifikation und Festlegung von Delikten, Ordnungswidrigkeiten und weiteren Ordnungsstörungen, die einen Raumbezug aufweisen und das nachbarschaftliche Miteinander beeinflussen können.
- Verortung und Systematisierung raumspezifischer Delikte über kleinräumige Kriminalitätslagebilder im Wohnumfeld. Diese sollten zusätzliche Erkenntnisse über polizeiliche Handlungsmöglichkeiten und kriminalpräventive Maßnahmen geben.
- Über die Einbindung der Akteure und der Bewohnerschaft vor Ort sollten polizeilich verwertbare Zusatzinformationen zum Sicherheitsgefühl der Wohnbevölkerung generiert werden.
- Verbesserung der transdisziplinären Kooperation der für Sicherheit zuständigen Akteure und Akteurinnen.
- In Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sollten die Einrichtungen, die bislang weniger mit dieser Thematik gearbeitet hatten die Chance erhalten, von entwickelten inter- und transdisziplinären Erkenntnissen zu profitieren und eine Sicherheitsproblematik im öffentlichen Raum zukünftig mit neuen Ansätzen begegnen zu können.
- Berücksichtigung kriminalpräventiver Maßnahmen in frühen Planungsstadien der Neu- und Umplanungen sowie der Stadtentwicklung, um Fehlplanungen schon im Vorfeld zu vermeiden.

Diese Ziele können nicht nur von der Polizei als alleiniger Akteur bearbeitet werden sondern erfordern einen transdisziplinären Ansatz mit einer Methodenvielfalt aus quantitativen und qualitativen Methoden. Die einzelnen Schritte wurden in Arbeitspaketen festgelegt und durchgeführt. Die einzelnen Aktivitäten wurden im Laufe des Projektes zwischen den Projektpartnern und den Akteuren vor Ort abgestimmt und auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft, so dass bereits während der Projektlaufzeit notwendige Anpassungen vorgenommen werden konnten.

Abb.1 Methodenvielfalt und Transdisziplinären Vorgehen



## **I.2 Voraussetzungen für die Durchführung des Vorhabens**

Im Verbundprojekt wurden die Perspektiven der drei wesentlichen sicherheitsrelevanten Akteuren im Wohnumfeld berücksichtigt: Polizei (LKA Niedersachsen), Wohnungsunternehmen (F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt) und Kommunen (Deutsches Institut für Urbanistik). Ein wissenschaftlicher international besetzter Beirat (Design Against Crime Solution Centre von der University of Salford, Politecnico de Milano und Magistratsdirektion Wien) und ein nationaler Praxisbeirat (vdw Niedersachsen und Bremen, Niedersächsischer Städtetag, Polizeiakademie Niedersachsen) unterstützten und stärkten das Projektteam. Für die dauerhafte und nachhaltige Implementierung der Ansätze wurden neben der gemeinsamen Interessenslage auch die disziplinenimmanenten Erwartungen und damit die entsprechenden Strukturen berücksichtigt.

### **Akteure**

Die Polizei als Exekutivorgan des Staates ist zuständig für strategische Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Kriminalprävention. Ihre landesweite Zuständigkeit und Organisationsstruktur ist eindeutig geregelt. Je nach Größe der Einheiten (Polizeidirektionen, Polizeiinspektionen und Polizeikommissariate) sind die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und personellen Ressourcen unterschiedlich ausgestattet.

Die Kommune besteht aus einer Vielzahl von Akteuren, die für unterschiedliche Bereiche und Zeitpunkte für die Sicherheitsthematik verantwortlich zeigt (Stadtplanung, Ordnung, Jugend, Senioren). Grundsätzlich ist sie an der Schaffung, Gestaltung und Aufrechterhaltung sicherer Lebensbedingungen in Wohnquartieren beteiligt und verantwortlich für strukturelle Gefahrenabwehr. Starke Unterschiede prägen die Kooperation der kommunalen Akteure.

Die Wohnungswirtschaft setzt sich aus zahlreichen Akteuren zusammen. Die Bandbreite reicht von renditeorientierten Wohnungsunternehmen über kommunalen Unternehmen bis hin zu Wohnungs(bau)genossenschaften, die je nach Unternehmensstruktur ein verstärktes Engagement im Sozialmanagement zeigen.

### **Thematische Fokussierung**

Das Projekt richtete seinen Fokus auf die objektive Kriminalitätslage und die individuelle Sicherheit und betrachtet diese auf der kleinräumigen Ebene, im lokalen Kontext der Fallstudienstädte. Durch das induktive Vorgehen wurde versucht, Möglichkeiten der Übertragbarkeit auf die bundesweite Ebene zu erarbeiten. Parallel wurde eine bundesweite Analyse bestehender Sicherheitskooperationen und kriminalpräventiver Maßnahmen auf der Basis einer Literatur- und Datenbankanalyse durchgeführt. Diese wurde durch Expertinnen- und Expertenbefragung ergänzt. In den Fallstudienorten erfolgte die detaillierte Gegenüberstellung von tatsächlicher Kriminalität und gefühlter Sicherheitswahrnehmung. Weiterhin wurden die Akteure vor Ort über die Methode der stadträumlichen Begehungen, über eine Netzwerkanalyse und über interdisziplinäre Arbeitsworkshops in den projektverlauf eingebunden. Die Teilerkenntnisse sind ausführlich in Bro-

schüren dargestellt und zusammengeführt worden. Somit bilden die beiden Betrachtungsebenen die Grundlage für die Identifikation übertragbarer Sicherheitskonzepte zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens und zur Reduzierung der raumbezogenen Kriminalität und Ordnungsstörungen im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft.

### **Empirische Schwerpunktsetzung**

Der empirische Schwerpunkt des Verbundvorhabens lag auf der vertieften Analyse der tatsächlichen Kriminalitätslage und der Sicherheitswahrnehmung in drei Fallstudienstädten. Grundvoraussetzung für die Umsetzung der Empirie in den Fallstudienstädten war die Kooperationsbereitschaft der Sicherheitsakteure vor Ort. Die Auswahl der Standorte erfolgte nach unterschiedlichen Aspekten, wie Größe und Lage im Stadtgebiet und städtebauliche Rahmenbedingungen. Darüber hinaus spielten vorhandene Anknüpfungspunkte in Bezug auf bestehende Netzwerkstrukturen und Kooperationen eine Rolle, auf die im Verlauf des Projektes aufgebaut werden konnte. Es wurden Gebiete ausgewählt, die ein hohes Risikopotential in Bezug auf entweder florierende oder negative stadtweite Veränderungen aufweisen konnten. Hintergrund war, dass es immer dann zu spürbaren Veränderungen kommt, wenn Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt wie Schließung von Firmen oder aber Ausbau bestehender Dienstleistungen stattfinden. Auch Binnenwanderungen sowie Push-und-Pull-Faktoren der Migration haben direkte Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Ein starker Druck auf dem Wohnungsmarkt führt zu Verdrängungsprozessen wohingegen eine zu geringe Nachfrage zu Wegzug und Leerstand führen kann. Sowohl die eine als auch die andere Veränderung beeinflusst einerseits das Sicherheitsempfinden der Bewohnerschaft und kann andererseits zu einer veränderten Kriminalitätslage führen. Diese kann sich bestenfalls abschwächen oder aber verstärken, Über Veränderungen der Deliktart sind qualitative Verschiebungen möglich. In den ausgewählten Gebieten konnten unterschiedliche Gründe für anstehende Veränderungsprozesse ausgemacht werden.

- Die Auswahl auf die Braunschweiger Weststadt fiel aufgrund der zahlreichen baulichen als auch sozialräumlichen Aktivitäten im Stadtteil, die bereits in den letzten Jahren stattgefunden hatten. Die randstädtische Lage außerhalb des Innenstadtrings und hinter dem Autobahnzubringer sowie die baulichen Großstrukturen und die hohe Einwohnerdichte kennzeichneten das Quartier in seiner Randlage. Die unterschiedlichen Baustile und Eigentumsstrukturen sowie die Heterogenität der Bevölkerung trugen ebenfalls zur Auswahl bei. Der Stadtteil zeichnet sich einerseits durch gut erhaltene und sanierte Bereiche aus, in die teilweise bereits Städtebaufördermittel eingeflossen sind. Andererseits sind fehlende Aneignungspotentiale sowie vernachlässigte Außenbereiche erkennbar. In Braunschweige ist ein kriminalpräventiver Rat aktiv, in der Weststadt engagieren sich zahlreiche Vereine, beispielsweise der Bürgerverein Weststadt oder die Stadtentwicklung Weststadt e.V., in der auch die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften gemeinsam aktiv sind.

- Der Stadtteil Emden-Barenburg zeichnete sich durch einen hohen Leerstand aus. Fluktuation und Wohnraumwechsel ist in diesem Stadtteil nicht unbekannt. Der Abriss eines hohen Gebäudekomplexes machte deutlich, dass die Art der Wohnungen nicht mehr zeitgemäß und die hohe Anzahl an Wohnraum dauerhaft nicht mehr erforderlich waren. Die Bewohnerschaft ist multikulturell, das Engagement der aktiven Bürgerschaft ist groß. Der Umbau eines Bunkers zu einer Kulturstätte (Kulturbunker) bietet ein breites kulturelles Bildungsangebot, das Integrationsarbeit leistet und weit über die Grenzen des Stadtteils ausstrahlt. Schmale Verwaltungsstrukturen und die gute Netzknodenstruktur des kommunalen Präventionsrates bieten Potentiale zur Zusammenarbeit zwischen den für Sicherheit zuständigen Akteuren vor Ort.
- Die Hansestadt Lüneburg hat sich nicht zuletzt durch die Nähe zum Ballungszentrum Hamburg zu einer wachsenden Stadt entwickelt. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt ist groß, erste wirtschaftliche Verdrängungen finden statt. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist eng, Eigentümerwechsel und Aufwertungen der innenstadtnahen Gebiete finden statt. Das an die Innenstadt angrenzende Gebiet hat eine gemischte Gebäudestruktur und reicht von freistehenden Einfamilienhäusern bis hin zu Geschosswohnungsbauten. Eine gute städtische Vernetzung zwischen der Stadt mit Polizei und kommunalen Präventionsrat bietet Handlungsspielraum, um auf zukünftige Veränderungen vorbereitet zu sein.

Die oben genannten Strukturen bieten einen guten Nährboden, um städtebauliche Kriminalprävention anzuwenden. In den Fallstudienstädten erfolgte eine kleinräumige Analyse zu wahrgenommenen Angsträumen und tatsächlichen Gefahrenorten. Auf Basis dieser Erkenntnisse fand die Konzeptionierung kriminalpräventiver Sicherheitsmaßnahmen unter Einbindung der Akteure vor Ort statt.

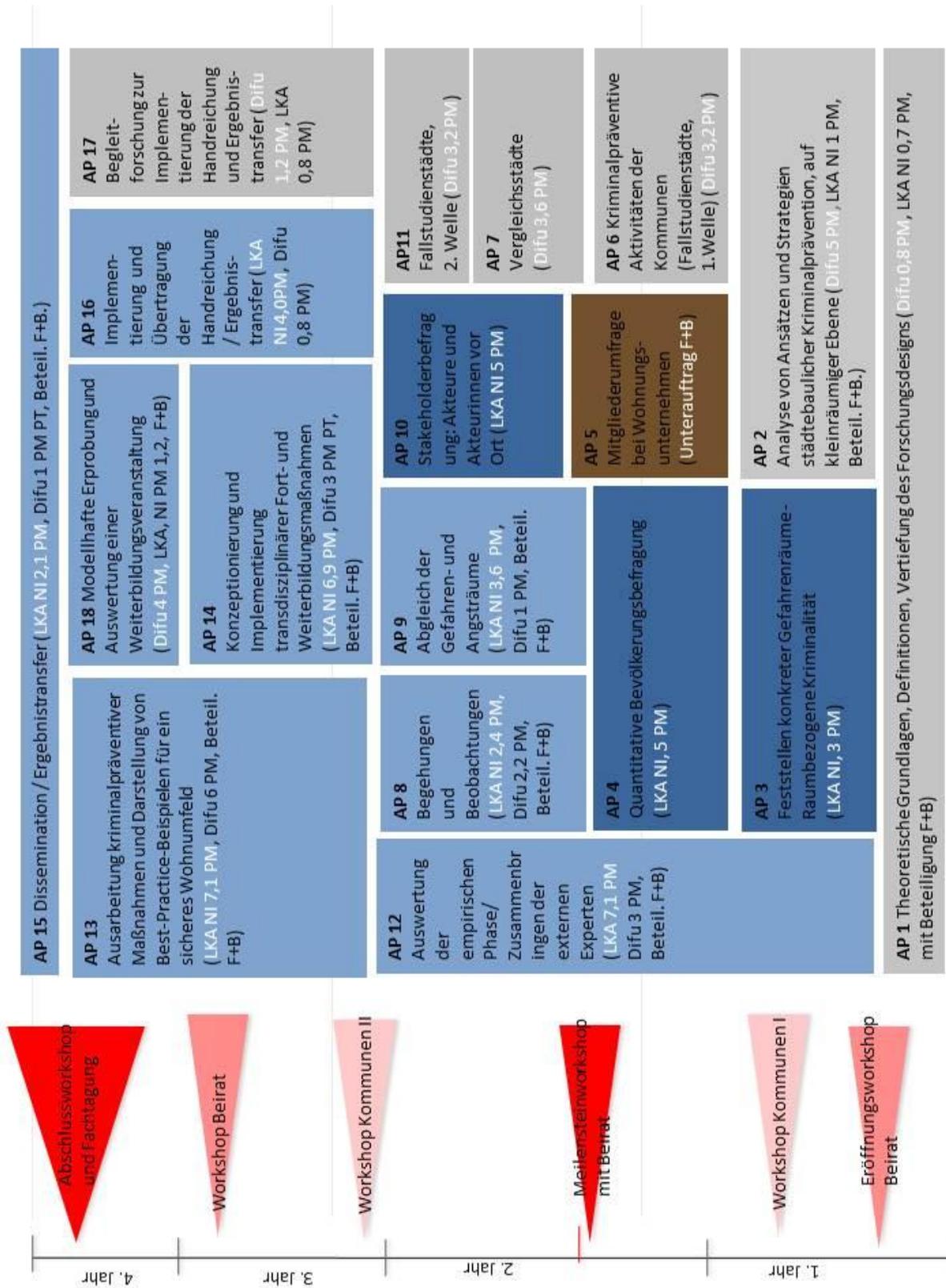
### **Vorgehen**

Aufbauend auf dem Wissen, dass städtische Räume eine Vielzahl unterschiedlicher Anforderungen erfüllen müssen, ist es entscheidend, kriminalpräventive Konzepte nicht als zusätzlichen, sondern als integralen Bestandteil in die tägliche Arbeit der Verantwortlichen vor Ort zu implementieren. Das Umsetzen einer Maßnahme kann nur dann als erfolgreich eingestuft werden, wenn der erforderliche Sicherheitsaspekt den gesamten Planungsprozess überdauert. Das heißt, es muss abgestimmt werden, wie Maßnahmen weitergeleitet werden. Am Ende einer Maßnahme muss das was umgesetzt wurde auch sichtbar sein.

### **I.3 Planung und Ablauf des Vorhabens**

Die Laufzeit des Projekts betrug 3 1/2 Jahre. In dieser Zeit wurden einzelne Arbeitsschritte mit verschiedenen methodischen Ansätzen durchgeführt. Die Projektbearbeitung erfolgte in Form eng verzahnter und teilweise parallel verlaufender Arbeitspaketen. Von Beginn an wurde eine starke Einbindung der Praxispartner vor Ort vorgenommen. Die Einbindung der Akteure und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Sichtweisen über den gesamten Projektverlauf ermöglichte eine enge Abstimmung von theoretischer Wissensgenerierung und Praxistauglichkeit. Als Verbundpartner hatte das LKA Niedersachsen die Federführung für die Arbeitspakete (AP) 3,4,8,9,10 und 12-15 und beteiligte sich mit der polizeilichen Perspektive und koordinierte die wohnungswirtschaftlichen Aspekte an den Arbeitspaketen 1 und 2 sowie 5-7 und 11.

Abb. 2 Ablauf des Projekts



Schon in den ersten beiden **Arbeitspaketen** „Theoretische Grundlagen, Definitionen und Vertiefung des Forschungsdesigns - Polizeiliche Perspektiven auf die Kriminalprävention im Städtebau“ (**AP 1** Jun. 2013-Aug. 2013) und in „Analyse von Ansätzen und Strategien städtebaulicher Kriminalprävention, ganzheitlicher Präventionsansätze und kooperativer Sicherheitsstrategien auf kleinräumiger Ebene“ (**AP2** Aug. 2013 – Nov.2013) lag der Fokus auf den unterschiedlichen Sichtweisen der Akteure. Die Aufarbeitung der theoretischen Grundlagen erfolgten aus Sicht der Sozial- und Planungswissenschaft sowie der Ökonomie, Kommunalverwaltung und Polizeiwissenschaft. Das LKA brachte die polizeiliche Perspektive über Ansätze der städtebaulichen Kriminalprävention ein. Der Forschungspartner F+B fokussierte die wohnungswirtschaftliche Sichtweise. Gute wie weniger gute Beispiele wurden dem Difu zugeliefert. Für die Zusammenstellung im Bereich nationaler und internationaler Aktivitäten der Kriminalprävention und der Kriminologie wurde auf die Enzyklopädie des polizeilichen Wissens – EXTRAPOL, die integrierte Forschungs- und Präventionsdokumentation "InfoDOK" des BKA sowie das "Beccaria Portal" des Landespräventionsrates Niedersachsen zurückgegriffen. Ein Glossar zu besserer Verständigung der Akteure wurde angefertigt.

**Im dritten Arbeitspaket** „Feststellen konkreter Gefahrenräume - Polizeiliche Raumbezogene Kriminalität“ (Aug.2013 – Jan.2014) erfolgte die Analyse von kleinräumigen Gefahrenorten. Dabei handelt es sich um Orte, an denen tatsächlich Kriminalität und sonstige Ordnungsstörungen stattfinden. Für die Erstellung der kleinräumigen Kriminalitätslagebilder wurde auf das Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) zurückgegriffen. Mit dem VBS konnten Delikte, so genannte „Sonstige Ereignisse“ und Ordnungswidrigkeiten erfasst werden, die einen Bezug zum Raum aufwiesen. Die Erweiterung der Auswertung auf zusätzliche Daten, als die aus der polizeilichen Kriminalstatistik ermöglicht es, neben den reinen Delikten auch Ordnungsstörungen zu erfassen, die Auswirkungen auf das nachbarschaftliche Miteinander haben können (beispielsweise Ruhestörung, illegale Müllentsorgung oder aggressive Bettelei). Über den Kurzsachverhalt, der eine Darstellung des Tathergangs umfasst konnten Einzelheiten des Geschehens daraufhin untersucht werden, ob sie in Zusammenhang mit einem konkreten Raum stehen. Die kleinräumigen Kriminalitätsbilder wurden mit Hilfe eines polizeiinternen Geoinformationssystems grafisch aufgearbeitet und anonymisiert.

**In AP 4** „Quantitative Bevölkerungsbefragung - Viktimisierung und Sicherheitsempfinden der Bevölkerung“ (Jan 2014-Okt. 2014). Das Vorgehen umfasste die Konzeption, Durchführung, Dokumentation und Auswertung einer Paper-Pencil-Befragung der Wohnbevölkerung in den drei ausgewählten Fallstudienstädten in Niedersachsen. Mit meist geschlossenen Fragen wurden zufällig ausgewählte Personen ab 16 Jahren zur Sicherheit, Wohnzufriedenheit und zu eigenen Viktimisierungserfahrungen im Wohnumfeld befragt. Mit einer offenen Frage wurden die Befragten gebeten, mitzuteilen, ob es in ihrem Wohnumfeld Orte gäbe, an denen sie sich unsicher fühlen würden. Auf drei Freifeldern konnten die Teilnehmenden Angsträume so genau wie möglich benennen und wurden nach den Gründen der Verunsicherung gefragt.

**In AP 5** „Mitgliederbefragung bei Wohnungsunternehmen“ (Jan. 2014 – Okt. 2014) war das LKA unterstützend tätig. Die Umfrage für die Wohnungsunternehmen wurde federführend vom

Forschungspartner F+B vorgenommen. Das AP umfasst die Konzeption, Durchführung, Dokumentation und Auswertung einer Online-Befragung von Wohnungsunternehmen in Niedersachsen. Ziel der Befragung war es, eine Erhebung zur „wohnungswirtschaftlichen Perspektive in Bezug auf kriminalpräventive Aktivitäten von Wohnungsunternehmen“ durchzuführen. In den Fallstudienstädten wurden gezielte Vertiefungsgespräche mittels leitfadengestützter Experteninterviews in den ortsansässigen Unternehmen geführt (die Darstellung der Ergebnisse wird in Kap. 2.1.2 dargestellt).

In den **Arbeitspaketen 6 und 7** hatte das Difu die Federführung. Das LKA übernahm die Einbindung der polizeilichen Perspektive. Über Befragungen von Akteuren wurden die unterschiedlichen akteurs- wie personenspezifischen Zugänge zum Themenfeld "Urbane Sicherheit" und deren konkrete Umsetzung in handlungsleitenden Strategien, Konzepten und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Wohnumfeld erfasst. In AP 6 erfolgte die vertiefte Befragung in den Fallstudienstädten, in AP 7 erfolgte die Übertragung in Vergleichsstädte im Bundesgebiet.

In **Arbeitspaket 8** (Okt. 2014 – Jan.2015) wurden die stadträumlichen Begehungen durchgeführt. Die Route wurde entlang der Angsträume (AP 4 Befragung der Bevölkerung zu Orten, die als unsicher empfunden wurden) und der Gefahrenorte aus den kleinräumigen Kriminalitätslagebildern (AP3) gelegt. Die Orte stimmten nicht überein und hatten unterschiedliche Ursachen. Die teilnehmenden Akteure aus Polizei, Wohnungsunternehmen und kommunalen Vertreterinnen und Vertretern wurden vorab mit sicherheitsrelevanten Kriterien vertraut gemacht und sollten die einzelnen Orte als Expertinnen und Experten unter einer bestimmten Nutzungsperspektive der Bewohnerschaft (Kind, alter Mensch mit Rollator oder junge Frau am Abend) nach übergeordneten Begriffen wie beispielsweise Orientierung und Übersichtlichkeit beurteilen und Verbesserungen des öffentlichen Raums konsensorientiert untereinander abstimmen.

Das **AP 9** (Nov.2016 – März 2015) dient der analytischen Aufarbeitung zu Festlegung der Übereinstimmungen und Abweichungen aus den Erkenntnissen der Arbeitspakete 3, 4, 5 und 8. Die kleinräumigen Lagebilder wurden mit den individuellen Angaben zu Angsträumen verglichen. Weiterhin wurden die Ergebnisse aus den Befragungen, Interviews und Begehungen zusammengebracht und ausgewertet. Wesentlich dabei war die Feststellung von übereinstimmenden bzw. abweichenden Angaben der einzelnen Erhebungsmethoden und der unterschiedlichen Akteuren. Vor Ort konnten Verantwortlichkeiten direkt geklärt werden. Der Polizei diene das Arbeitspaket vor allem dazu, die polizeiliche Perspektive in die planerische Betrachtung einfließen zu lassen und effektivere Lösungsansätze für konkrete raumbezogene Delikte zu benennen.

**Arbeitspaket 10** (Mai 2015 – Okt. 2015) dient der vertieften Befragung von Polizei und Akteuren der kommunalen Planung. Die teilstandardisierten Interviews wurden auf den Fragenkatalog der AP 6 und 7 abgestimmt und flossen in die Netzwerkanalyse in AP 11 ein.

**Das AP 12** erstreckte sich über die gesamte Laufzeit und umfasste die Zusammenführung der einzelnen Ergebnisse aus den unterschiedlichen methodischen Schritten sowie die Vermittlung in die einzelnen Beteiligungsebenen des Beirats, der Praxispartner und der Beteiligten vor Ort. Darüber hinaus dient das AP12 dazu, die Anforderungen aus den Fallstudienstädten im Projektver-

lauf einfließen zu lassen und modifizieren zu können. Die aus dem Beirat einfließenden nationalen und internationalen Perspektiven ergänzten die Ergebnisse und spiegelten weitere Anforderungen in den laufenden Prozess. Insbesondere in AP 12 wurden die vielschichtigen Methoden und auch die Einbindung der Alltagsperspektiven sichtbar. Die gesammelten Erkenntnisse aus den unterschiedlichen Interviews als auch aus den Begehungen und Beobachtungen hatten Auswirkungen auf die Konzeption transdisziplinärer Strategien und Herangehensweisen.

Inhalt des **AP 13** war es, eine Zusammenstellung der kriminalpräventiven Handlungsmöglichkeiten aus der empirischen Phase polizeilicher Aktivitäten aus den Arbeitspaketen 4,8,9, mit den kommunalen und wohnungswirtschaftlichen Aspekten aus den AP 5,6,7 und vorzunehmen. Die Sammlung der Beispiele wurde so aufgearbeitet, dass sie in einem einheitlichen Bild erscheinen konnten. Die Handreichung stellt eine Hilfestellung für alle Akteure dar, die für die Sicherheit im Wohnumfeld zuständig sind. Die Beurteilung der Erkenntnisse soll dazu beitragen, den polizeilichen Ressourceneinsatz zu optimieren und zielgenaue Präventionsansätze auszuarbeiten.

Unter der Mitarbeit des LKA und F+B fand die Konzeptionierung einer Fort- und Weiterbildungsmaßnahme statt. Die Federführung von **AP 14** lag beim Difu, das LKA und F+B gaben ihre Perspektiven und Kompetenzen bei der Entwicklung der Module und der Gesamtkonzeption der Veranstaltung ein. Angesprochen wurden Akteure aus der Polizei, Wohnungsunternehmen und vor allem aus der kommunalen Verwaltung. Aufgrund der starken Nachfrage führte das Difu die Fort- und Weiterbildungsmaßnahme unter Realbedingungen modellhaft in **AP 18** durch. Das Programm der Fortbildung wurde in das bestehende Fortbildungsprogramm eingebaut.

Die starke Resonanz des Projektes und der Wille zur Implementierung der methodischen Ansätze vor Ort sowie die Anforderungen nach nachhaltiger Verankerung von Projektideen ermöglichte eine Verlängerung des Projektes um 6 Monate. In **AP 16 und AP 17** erfolgten die ersten Implementierungsschritte der im Projektverlauf genutzten Arbeitshilfen für die Beurteilung öffentlicher Räume unter Sicherheitsaspekten sowie der Ergebnistransfer.

**Arbeitspaket 15** umfasst die Dissemination aller Veröffentlichungen, sowohl im Bereich der Vorträge, Fortbildungen oder Publikationen. Eine komplette Auflistung ist in Kap II.6 zu finden.

## **I.4 Stand der Wissenschaft**

Aus Sicht der Sicherheitskräfte erfolgt die Herangehensweise an die Thematik über den Fokus der Kriminalitätsverhütung und der Möglichkeit zur Verhinderung von Tatgelegenheiten. Voraussetzung dafür sind bis heute gültige Leitlinien zur Kriminalprävention als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe durch den Arbeitskreis II „Innere Sicherheit“ der Innenministerkonferenz im Jahr 1997. Die Leitlinien legen die Kriminalprävention als integralen Bestandteil polizeilicher Aufgaben fest und haben einen hohen Stellenwert in Hinblick auf wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Schäden durch Straftaten. Bekannt ist, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren und deren Wechselwirkungen die Ursachen für die Entstehung von Kriminalität sind. Zwar liegen die Ursachen dafür überwiegend im sozialen Bereich, dennoch können bestimmte

Bau- und Nutzungsstrukturen die Begehung von Delikten begünstigen bzw. hemmen. Nach Wikström entsteht Kriminalität dann, wenn in einem Prozess bei dem die Kriminalitätsneigung einer Person auf eine kriminogene Umgebung trifft (vgl. Wikström 2009:254).

Ein Raum kann also kriminalitätshemmend und auch Schutz bietender Raum sein. Die Ursprünge zur städtebaulichen Kriminalprävention sind interdisziplinär angelegt und gehen zurück auf die Chicago School in den 1920er Jahren. Die Verknüpfung zur gebauten Umwelt wurde erstmals durch Jane Jacobs „Eyes on the street“ (1961) und durch die Defensible-Space-Theorie des US-amerikanischen Architekten Oscar Newman (1972) hergestellt. Aufgrund des Paradigmenwechsels in der Kriminologie von der Täterorientierung hin zum situativen Ansatz, förderte das Modell des „Crime Prevention Through Environmental Design“ (kriminalpräventive Siedlungsgestaltung, kurz CPTED) des US-amerikanischen Kriminologen C. Ray Jeffrey aus den 1970er Jahren. Ein in der Folge versuchter europäischer Normierungsversuch (DIN EN 14383-2 Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung- Stadtplanung und Gebäudeplanung) wurde von einigen europäischen Ländern abgelehnt und zu einem Technical Report zurückgestuft (Stummvoll 2007). Kritisiert wurden vor allem gleichmachende Argumente, die die Divergenz unterschiedlicher Räume missachteten. So sind unterschiedliche Ansätze städtebaulicher Kriminalprävention entstanden. In Großbritannien wird beispielsweise ein designorientierter Ansatz (Design Led Crime) bevorzugt, in den Niederlanden konnte ein Siegel zum "veilig wonen" entwickelt werden und in Österreich erfolgt die Einbindung sicherheitsrelevanter Maßnahmen über einen sozialräumlichen Ansatz und die Gender Mainstreaming Strategie. Die Weiterentwicklung des CPTED Ansatzes wurde in den letzten Jahrzehnten etwa durch den CP-UDP Crime Prevention Through Urban Design and Planning (Cost Action TU1203 2016) und das ISAN -Modell<sup>1</sup> in Deutschland weiterentwickelt (vgl. Schubert, Veil 2011). Diese Modelle sehen eine Bündelung von Maßnahmen verschiedener Ebenen vor und kombinieren Aspekte von der Projektentwicklung über die Planungsprozesse bis in die Realisierung.

Die Sichtung des Forschungsbestands zeigte auf, dass Themen Kriminalitätsfurcht, Verhinderung von Tatgelegenheiten und kriminalpräventive Aspekte bislang eher getrennt voneinander betrachtet wurden und vor allem nur unzureichend in die Planung und Gestaltung von Wohnumfeld und Nachbarschaft einbezogen wurden. Nicht immer sind Stadtquartiere oder das Wohnumfeld auf die veränderten Sicherheitsanforderungen vorbereitet. Im wissenschaftlichen Diskurs besteht ein Konsens darüber, dass die tatsächliche und empfundene Sicherheit nicht kongruent sein muss und städtebauliche Kriminalprävention nur dann Wirkung zeigen kann, wenn unterschiedliche Akteure und die Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

In kommunalen (Kriminal)Präventionsräten wird dies bereits in themenbezogenen Arbeitsgruppen und runden Tischen praktiziert, die Perspektive der räumlichen Gestaltung ist jedoch bislang ein weniger beachteter systematisierter Bereich. Städtebauliche Kriminalprävention ist ein komplexes Konstrukt, das neben der baulich räumlichen Ebene auch die sozialräumliche Ebene ein-

---

<sup>1</sup> Im ISAN Modell werden verschiedenen Handlungsebenen der Kriminalprävention kombiniert: (I) Infrastruktur und sozialen Integration, (S) Sozialmanagement, (A) Architektur und Städtebau sowie (N) Nachbarlichkeit.

beziehen muss, denn häufig führen Angst vor Kriminalität und Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum zu einer Einschränkung der Teilnahme am öffentlichen Leben. Die Implementierung kriminalpräventiver Maßnahmen im Städtebau ist dabei nicht allein von der Gestaltung des öffentlichen Raums abhängig, sondern erfordert von der Sensibilisierung bis zur Realisierung die Beteiligung unterschiedlicher Akteure (LKA Niedersachsen 2011). Beispielsweise werden Unsicherheiten häufig von Einzelereignissen ausgelöst, beeinflussen aber das städtische Leben und Urbanität als Ganzes. Entgegen der Komplexität sicherheitsbezogener, urbaner Problemlagen werden ihr zumindest in der Diskussion häufig einzelne Sofortmaßnahmen vor allem durch den Einsatz technischer Mittel entgegengestellt. Kurzfristige und reine technische Maßnahmen stehen als Lösungsansatz dem ganzheitlichen Ansatz der städtebaulichen Kriminalprävention in Deutschland entgegen. Dennoch ist es für die Polizei wesentlich, baulich-technische Unterstützungssysteme in bestimmten Situationen und Lagen einzusetzen. Insbesondere im Bereich des Wohnungseinbruchs, ein Delikt, das in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat, sind technische Maßnahmen gute Unterstützungssysteme. Beispielsweise über den Einbau einbruchhemmender Türen und Fenster und Alarmanlagen usw.. Seit 2015 kann die Förderung von Einbruchschutz über das KfW-Programm 455 und 159 in Anspruch genommen werden, auch können Hauseigentümerinnen und -eigentümern eine technische Beratungen seitens der Polizei in Anspruch nehmen.

Der Einsatz technischer Maßnahmen ist aber nur eine Sicherheitsdimension. Eine weitere Dimension ist der Schutz durch sozialräumliche Maßnahmen und Managementstrukturen. Nur unter Berücksichtigung aller Schutzdimensionen können Tatgelegenheiten reduziert und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gestärkt werden. Im Ansatz der städtebaulichen Kriminalprävention ist die Beurteilung der objektiven Sicherheitslage und des subjektiven Sicherheitsempfinden gleichermaßen bedeutsam. Beispielsweise kann es aufgrund von Kriminalitätsfurcht zu Vermeidungsverhalten kommen, Räume werden als unsicher wahrgenommen unabhängig davon, ob er auch ein objektiv kriminalitätsbelasteter Ort ist. Die Ursachen für Unsicherheit erzeugende Räume sind vielseitig. Bemängelt werden einerseits fehlende Gestaltungen (Unübersichtlichkeit, Dunkelheit, Uneinsehbarkeit usw.) und undefinierte Übergänge (privat – öffentlich), andererseits können Ängste durch delinquentes bzw. bestimmte Formen devianten Verhaltens oder nur durch unbekannte Situationen oder Gruppen entstehen (Häußermann / Siebel 2004). Auch der Zusammenhang von Medienberichterstattung und Kriminalitätsfurcht (vgl. Boers / Kurz 1997) in stigmatisierten Orten (vgl. Wacquant 2007) nimmt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle ein.

Zentraler Ansatzpunkt für die kleinräumige urbane Sicherheitsarbeit ist das Quartier. Die kleinräumige Betrachtung von Quartieren (Schnur 2014) wurde inzwischen auch in der Wissenschaft als wirkungsvolle Betrachtungsgröße bestätigt (vgl. u.a. Wikström/Oberwittler 2009). Das Quartier beginnt hinter der eigenen Wohnung –und ist der Ort, an dem Expertenwissen und Alltagswissen ineinandergreifen können, um die Kriminalität und das Sicherheitsgefühl zu verbessern und somit die Lebensqualität zu verbessern. Eine wichtige Rahmenbedingung ist die Zusammenarbeit vieler Akteure. Die interdisziplinäre Betrachtung hilft, Ursachen und Zusammenhänge von

Unsicherheiten zu verstehen. Erst das gemeinsame Entwickeln von Handlungsstrategien und Maßnahmen schafft nachhaltig wirksame Lösungen.

Durch die Einbeziehung der Polizei in städtebauliche Vorhaben können rechtzeitig Akzente in Bezug auf die Kriminalitätsentwicklung gesetzt werden, um die objektive Sicherheitslage sowie das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger positiv zu beeinflussen (Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes 2003). Die gesetzlichen Regelungen des BBauG geben eine Beteiligung der Polizei als Träger öffentlicher Belange vor. Gemäß §1 Abs.6 Ziffer 1 BBauG sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen insbesondere auch der Aspekt der Sicherheit in Wohn- und Arbeitsbevölkerung zu berücksichtigen, weiter heißt es in §4 Abs.1 Satz 1 BBauG: "Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 aufzufordern". In einem abschließenden Abwägungsprozess wird durch die zuständigen Planungsabteilungen beurteilt, ob die Belange berücksichtigt werden können. Es kann aber vorkommen, dass sich einzelne Bedürfnisse konträr zueinander verhalten und keine Berücksichtigung finden. Die rechtlichen Voraussetzungen für eine polizeiliche Beteiligung sind zwar gegeben, die Diskrepanz zwischen gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren und tatsächlicher Berücksichtigung ist jedoch groß, wie im EU-Projekt Plus festgestellt werden konnte (Landeskriminalamt Niedersachsen 2012: 39). Mit diesem Wissen wurden bereits in der Vergangenheit Wege gesucht, die Kooperation zwischen Polizei und Planung zu stärken - in Niedersachsen über so genannte Sicherheitspartnerschaften zwischen den jeweiligen Verantwortlichen, i.d.R. Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und Dienststellenleiter und -leiterinnen der Polizei, die eine engere Zusammenarbeit signalisieren sollten. Auf einer Arbeitstagung der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen in Delmenhorst im Jahr 2011 mit dem Titel "Kommunale Sicherheitspartnerschaften im Städtebau in Niedersachsen – Praxiserfahrungen und Entwicklungsperspektiven" wurde jedoch der Bedarf nach vereinfachten Kommunikationsplattformen und die Zusammenarbeit an konkreten Beispielen benannt (Schubert / Niescken 2011). Auf Niedersächsischer Landesebene wurde im Jahr 2005 eine Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (SIPA) gegründet, die sich in einem 11-Punkte Plan verpflichtet hat, in ihrem Tätigkeitsfeld dazu beizutragen, die Sicherheit im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum zu erhöhen und so langfristig an der Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger mitzuwirken. In der SIPA wurden konkrete Kriterien für die städtebauliche Planung und die Objektbetrachtung unter kriminalpräventiven Aspekten erarbeitet. Der umfangreiche Kriterienkatalog (SIPA 2017) konnte ebenso in das Projekt Transit einfließen wie Erkenntnisse aus dem EU-Projekt "Planning urban Security, das ein Modell zur Professionalisierung kriminalpräventiver Maßnahmen auf der Prozessebene entwickelt hatte, mit deren Hilfe es für Ländern, Kommunen und Akteuren vor Ort möglich ist, sich selbst in eine von vier Professionalisierungsstufen einzuordnen (LKA 2017).

## I.5 Zusammenarbeit mit anderen Stellen

Die Zusammenarbeit im Rahmen des Projektes fand mit weiteren Mitgliedern des Verbundes, den Praxispartnern aus den drei Fallstudienstädten, dem wissenschaftlichen Beirat sowie den Multiplikatoren aus dem Praxisbeirat statt.

Mitglieder des Projektverbundes transit waren über das LKA hinaus:

- das Deutsche Institut für Urbanistik GmbH – Difu (Dr. Holger Floeting, Jan Abt und Hanna Blieffert)
- F+B Forschung und Entwicklung für (Dr. Bernd Leutner, Andreas Schmalfeld)

Die notwendige konstante interdisziplinäre Zusammenarbeit im Verbund konnte insbesondere dadurch sichergestellt werden, dass es regelmäßige Projektpartnertreffen und einen kontinuierlichen Austausch über Email und Telefongesprächen gab.

Die Zusammenarbeit mit den Praxispartnern aus den Bereichen Polizei, Kommunalverwaltung und Wohnungsunternehmen aus den Fallstudienstädten Braunschweig, Emden und Lüneburg fand über geplante Workshops und Begehungen statt. Um Vorurteile abzubauen und Bedenken bezüglich einer möglichen Stigmatisierung bestimmter Stadtteile zu entschärfen mussten zusätzlich zu Beginn des Projektes Gespräche mit einzelnen Akteuren geführt werden. Für die pressewirksame Vermittlung der positiv besetzten Projektziele wurden seitens des LKA Informationsveranstaltungen vor Ort durchgeführt. Zu Ende des Projektes wurden die Erkenntnisse auf zahlreichen Sitzungen, Veranstaltungen und Vorträgen bei der Polizei, in kommunalen Ausschüssen und bei Wohnungsunternehmen präsentiert. Unterstützung fand das Projekt über die Einbindung des Praxisbeirats (Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen und Bremen, Niedersächsischer Städtetag und der Polizeiakademie Niedersachsen)

Jeweils vor den öffentlichen Eröffnungs- Meilenstein- als auch Abschlussveranstaltungen wurden interne Beiratstreffen durchgeführt, zu denen sowohl der wissenschaftliche Beirat als auch der Praxisbeirat eingeladen wurde. Schon während des Projektverlaufs wurde der wissenschaftliche Beirat (Design Against Crime Solution Centre, Politecnico de Milano und Magistratsdirektion Wien) regelmäßig über den entsprechenden Arbeitsstand informiert und gebeten eine Einschätzung aus der jeweiligen internationalen Perspektive vorzunehmen. Dabei wurden inhaltliche, wissenschaftliche und methodische Fragestellungen erörtert und der Mehrwert über die lokale Perspektive hinaus erarbeitet und auf der Eröffnungs- wie Abschlussveranstaltung präsentiert.

Mit den BMBF-geförderten Projekten „SENSIKO: Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier“ (PD Dr. Dietrich Oberwittler und Prof. Dr. Dr. Schubert) und „VERSS: Aspekte einer gerechten Verteilung von Sicherheit in der Stadt“ (Prof. Dr. Regina Ammicht-Quinn, hier mit Prof. Dr. Tim Lukas) fand ein –wenn auch eher- unregelmäßiger Austausch statt. Durch die Verfolgung der jeweiligen Ansätze und Projektausrichtung wurden Übereinstimmungen und Abweichungen der Forschungsinhalte vorgenommen.

Eine enge Zusammenarbeit fand mit der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen statt. Auf Veranstaltungen wurde auf den Mehrwert des Projektes transit aufgrund der wissenschaftlichen Vertiefung und Fundierung hingewiesen. Das Projekt profitierte weiterhin vom eindeutigen Praxisbezug der SIPA Mitglieder. Durch einen intensiven Austausch konnten Synergien entstehen, so wurde die Abschlussveranstaltung des Forschungsprojektes in Kooperation mit der SIPA durchgeführt.

## **II. Eingehende Darstellung**

Der folgende Abschnitt stellt die inhaltlichen Ergebnisse des polizeilichen Teilprojektes dar. Eine eingehende Darstellung der Verwendung der Zuwendung und der wichtigsten Positionen des zahlenmäßigen Nachweises finden sich in einem separaten Dokument.

### **II.1 Verwendung der Zuwendung und erzielte Ergebnisse**

Die Darstellung der erzielten Ergebnisse richtet sich an der Planung und dem Ablauf des Vorhabens (Kapitel I.3). Ausführlich dargestellt werden die Ergebnisse der durch das LKA Niedersachsen federführend geleiteten Arbeitspakete 3,4,8,9,10 und 12-15 sowie AP 5 (Federführung lag beim Forschungspartner F+B). Die Ergebnisse der Arbeitspakete 1 und 2 sowie 6, 7 und 11, bei denen das LKA Niedersachsen lediglich begleitend und unterstützend mitgewirkt hat, sind ausführlich im Schlussberichten des Verbundpartner Difu dokumentiert.

Die einzelnen methodischen Schritte und Zwischenergebnisse wurden in Broschüren dargestellt. Diese stehen kostenfrei auf der Homepage [www.tranist-online.info](http://www.tranist-online.info) zur Verfügung.

#### **II.1.1 Theoretische Grundlagen, Definitionen und Vertiefung des Forschungsdesigns - Polizeiliche Perspektiven auf die Kriminalprävention im Städtebau**

Die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungswirtschaft und Kommune ist eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Umsetzung kriminalpräventiver Aspekte in Wohnumfeld und Nachbarschaft. Um die unterschiedlichen Perspektiven der Projektpartnerinnen und Projektpartner zu bündeln und eine gemeinsame Vorgehensweise sowie Ziele für das Projekt zu erarbeiten, erfolgte zu Beginn des Projekts eine Zusammenstellung der theoretischen Grundlagen und die Erarbeitung eines Glossars, das das Verständnis der Akteure untereinander und damit die Zusammenarbeit vereinfachen sollte.

##### **Theoretische Grundlagen der Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld (Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse)**

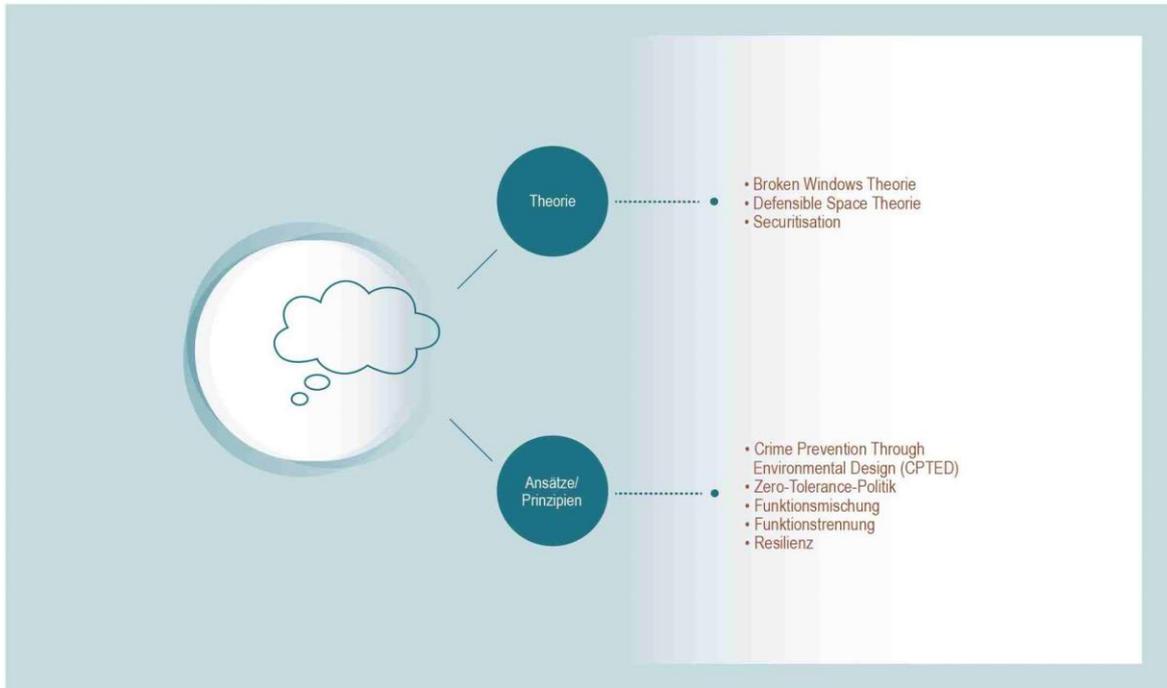
Das theoretische Paper arbeitete das Konzept der Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld auf, in dem die theoretischen Ansätze der Kriminalprävention aufbereitet und kritisch hinterfragt wurden. Aufbauend auf der situativen Kriminalprävention, die einen Paradigmenwechsel von der reinen täterorientierten Sichtweise hin zur Tatgelegenheit mit sich brachte, setzt der

transit Ansatz auf einen raum- und situationsbezogenen Ansatz, welcher die soziale Umwelt einbezieht. Kriminalität ist also ein Zusammenspiel von Täter, Ziel und Bewachung. Diesem Ansatz entsprechend, entsteht kleinräumige Kriminalität „immer dann, wenn ein potenzieller Täter auf ein potenziell lohnendes Ziel ohne entsprechenden Schutz trifft“ (Kohl 2012). Im Zuge dieses Paradigmenwechsels, entwickelte der US-amerikanische Kriminologe C. Ray Jeffrey in den 1970er Jahren das Konzept des „Crime Prevention Through Environmental Design“ (kriminalpräventive Siedlungsgestaltung, kurz CPTED). Der physische Raum soll hiernach so gestaltet werden, dass er die Möglichkeiten für Straftaten reduziert (Target Hardening). Zudem soll durch Siedlungsgestaltung die soziale Kontrolle durch die Bewohnerinnen und Bewohner und deren Partizipation verstärkt werden (Territorial Reinforcement). Jeffreys Überlegungen mündeten schließlich in konkrete städtebauliche Gestaltungsempfehlungen. Dieser Ansatz wurde in den letzten Jahrzehnten etwa durch den CP-UDP Crime Prevention Through Urban Design and Planning (Cost Action TU1203 2016) weiterentwickelt. Aufbauend auf dem strukturellen und prozessualen Ansatz bezieht das Projekt transit -gemäß der Gender- und Diversityforschung- die subjektive Sicherheit einer immer heterogener werdenden Bevölkerung mit ein. Die ausführliche Darstellung der theoretischen Grundlagen ist im Paper nachzulesen. Im Zwischenfazit heißt es:

*„Die Diskussion der Rollen der beteiligten Akteure und die dargelegten Theorien sowie die jeweilige Kritik daran lassen den Schluss zu, dass sozialräumliche Kriminalprävention nur dann erfolgreich sein kann, wenn ihr eine ganzheitliche Perspektive zugrunde liegt. Es müssen gleichzeitig soziale als auch bauliche Aspekte sowie die unterschiedlichen, teilweise auch widersprüchlichen Perspektiven, der beteiligten Akteure und Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigt werden. Sicherheit ist kein absoluter Begriff, sondern das Verständnis dessen was „sicher“ und was „unsicher“ ist, unterliegt stets einem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess und wird von individuellen Merkmalen und Einstellungen beeinflusst. Daher ist es wichtig, insbesondere bei der Kooperation verschiedener, z.T. auch zivilgesellschaftlicher, Akteure, dass die Interessen und Perspektiven, im Sinne der Transdisziplinarität, aller involvierten Akteure und Bewohnerinnen und Bewohner in diesem Aushandlungsprozess Gehör finden, berücksichtigt werden und kriminalpräventive Entscheidungen demokratisch legitimiert sind. Die Kooperation der verschiedenen Akteure sollte also keine ausschließenden und diskriminierenden Mechanismen nach sich ziehen. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig jenseits von Versicherheitlichung, Kriminalisierung und Law-and-Order-Politiken Ansätze zu unterstützen, die Sicherheit für alle, und nicht nur für die zahlungs- oder argumentationsstarken Teile der Bevölkerung, im Sinne des Gemeinwohls gewährleisten“ (Verbundprojekt transit 2016).*

**Abb.3 Grafische Begleitung Theoretische Begriffe**

## Theoretische Begriffe



Im Theoretischen Paper erfolgt weiterhin eine ausführliche Darstellung der Rolle der einzelnen Akteure und deren Kooperationen untereinander aus der eigenen Perspektive sowie der theoretisch methodische Ansatz der Transdisziplinarität und deren Ansatz und Umgang im transit Projekt.

### **Die Polizei als Netzwerkpartner für Kriminalprävention Im Städtebau**

Als wichtiger Netzwerkpartner der Kriminalprävention beginnt die Polizei nach und nach das Thema der städtebaulichen Kriminalprävention in ihr Aufgabenfeld zu integrieren. Das Landeskriminalamt Niedersachsen, erhielt im Jahr 2003 den politischen Auftrag, sich intensiver in städtebauliche Planungsprozesse einzubringen. Ausgangslage war ein Stadtgebiet in Hannover, das aufgrund vielschichtiger Problemlagen ein schlechtes Image hatte und als benachteiligter Stadtteil berüchtigt war. Unübersichtliche, bauliche Großwohnstrukturen, die Belegung und der Nachzug einer einseitigen Bewohnerschaft und ein hohes Kriminalitätsaufkommen sowie ein schlechter baulicher Zustand führten erstmals zur Zusammenarbeit zwischen Polizei, städtischen Wohnungsunternehmen und der Kommune. Zu diesem Zeitpunkt sollte getestet werden, ob und wie polizeiliche Ansätze und kriminologisches Wissen einen Mehrwert für städtebauliche Projekte darstellen können. Als Träger öffentlicher Belange war die niedersächsische Polizei zwar auch bisher in Planungsprozesse involviert, die Ergebnisse auf dieser Beteiligungsebene brachten jedoch nicht den gewünschten Erfolg: Es existierten schlicht keine systematischen Kriterien oder Arbeitshilfen zur Unterstützung und Beurteilung städtebaulicher Planungsaufgaben unter Si-

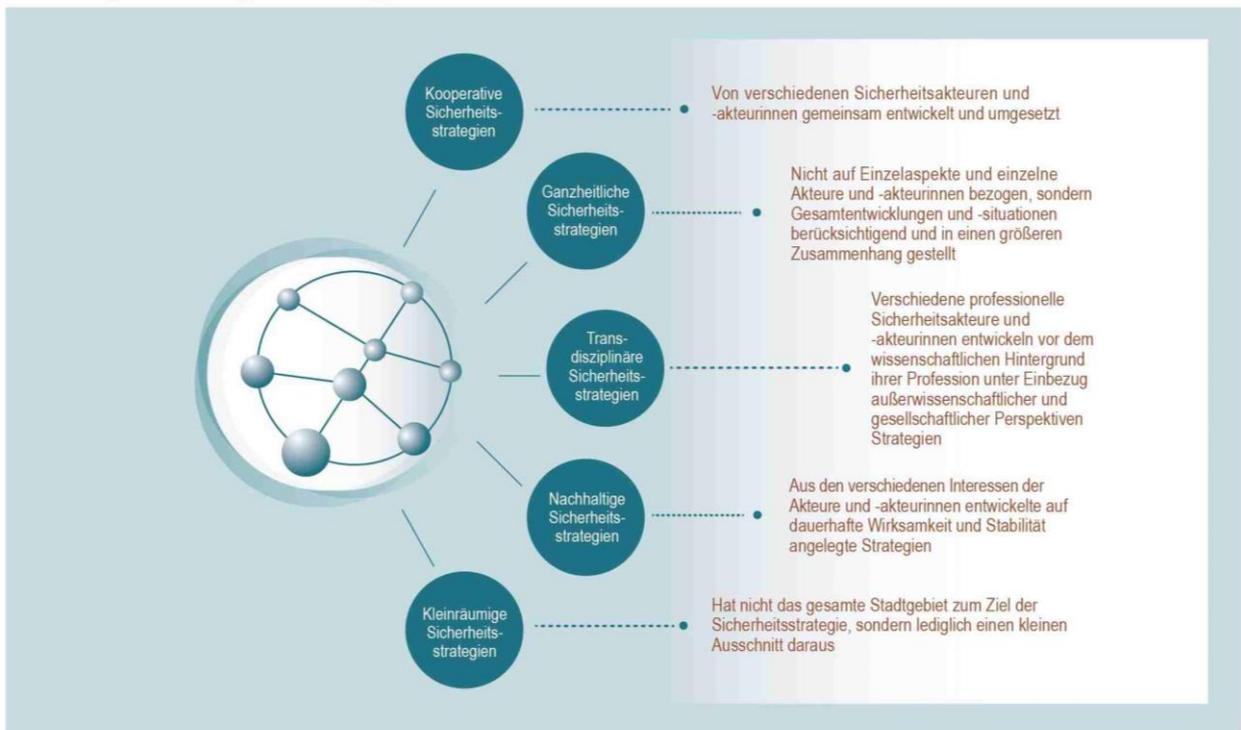
cherheitsaspekten. Im Zuge der politischen Aufforderung wurde das erste Forschungsprojekt „Sicheres Wohnen in Niedersachsen – Kriminalprävention im Städtebau“ gestartet. Ausgelotet wurden rechtliche Rahmenbedingungen und Beteiligungsmöglichkeiten der Polizei an Planungsaufgaben. Im anschließenden europäischen Forschungsprojekt „Planning Urban Security Plus“ wurde in Deutschland, Österreich, Polen und Großbritannien zusammengearbeitet. Schon während der Projektlaufzeit wurde deutlich, dass die Situationen vor Ort den entscheidenden Einfluss auf die Analyse und Beurteilung sicherheitsrelevanter Aspekte darstellt und im lokalen Kontext entschieden werden muss, welche Strategien zur Reduzierung von Tatgelegenheiten führen. Mit der Erkenntnis, dass polizeiliches Wissen als Qualitätsmerkmal städtebaulicher Projekte angesehen werden kann und auch, dass kriminalpräventiv wirksame Ansätze im lokalen Kontext anzusetzen sind, erfolgten weitere Forschungsaktivitäten in diesem Themenfeld. Die Polizei profitiert hier insbesondere durch die Erkenntnisgewinnung aus der Verknüpfung sozialwissenschaftlicher, kriminologischer und planerischer Forschungsansätze.

### **Glossar**

Eine gut funktionierende Zusammenarbeit setzt voraus, dass man sich „versteht“ und verständigen kann. Das Thema Sicherheit im Wohnbereich wird von Polizei, Wohnungswirtschaft und Kommunen bei grundsätzlich ähnlichen Zielen aus sehr unterschiedlicher Sicht betrachtet. Hinzu kommt die sozial-, raum- und kommunalwissenschaftliche Sicht auf das Themenfeld. Im Zusammenwirken verwendete Begriffe sind mit sich zum Teil unterscheidenden impliziten Inhalten und Definitionen verbunden. Das Glossar definiert und erläutert häufig verwendete Begriffe im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Sicherheit im Wohnbereich“. Es dient der Verständigung der beteiligten Akteursgruppen im Verbundprojekt, kann aber auch der Verständigung darüber hinaus dienen. Das Glossar umfasst Begriffe von A wie Angstraum bis Z wie Zero-Toleranz-Politik und ist ein „lebendes Dokument“, das je nach Erkenntniszugewinn angereichert werden kann. Das interaktive Dokument ermöglicht, eine individuelle Suche, die Begriffe sind alphabetisch abrufbar.

Abb.4 Grafische Begleitung Strategiebezogene Begriffe

## Strategiebezogene Begriffe



### Als direkte Ergebnisse der Arbeitspakete 1 und 2 waren vorgesehen und wurden erarbeitet:

AP 1 Ein „Glossar“ mit Erörterungen und Erklärungen zu zentralen Begriffen der Thematik Kriminalprävention im Städtebau und Sicherheit im Wohnumfeld und Nachbarschaft aus der Praxis und Wissenschaft sowie aus den verschiedenen Fachdisziplinen wie Polizei, Planung, Wohnungswirtschaft, kommunale Verwaltung.

Ein Glossar wurde erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt.

- ▷ Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung als gedruckte Version zur Verfügung.

AP 2 Paper zu Theoretischen Grundlagen des Themenfeldes. Analyse vorhandener Ansätze und Strategien städtebaulicher Kriminalprävention, ganzheitlicher Präventionsansätze und kooperativer Sicherheitsstrategien auf kleinräumiger Ebene in Deutschland und dem europäischen Ausland.

Eine Broschüre als Lang- und Kurzfassung „Theoretischen Grundlagen der Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld“ wurde erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teil-

lenehmenden auf der Abschlussveranstaltung als gedruckte Version zur Verfügung.

## **II.1.2 Mitgliederumfrage bei Wohnungsunternehmen**

Um den Stellenwert sicherheitsrelevanter Themen bei den Wohnungsunternehmen zu erfassen, führte das Büro F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH im Unterauftrag des LKA im November 2013 eine Online Befragung durch. Mit Unterstützung des Verbands der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen e.V. (vdw) wurden rund 170 Mitgliedsunternehmen des vdw zum Themenbereich „Wohnen und Sicherheit“ befragt. Die Befragung stieß ein reges Interesse, so nahm rund ein Drittel der angeschriebenen 170 Mitgliedsunternehmen an der Befragung teil. Anhand der hohen Beteiligung ist die große Bedeutung des Themas „Wohnen und Sicherheit“ ablesbar.

An der Befragung teilgenommen haben, entsprechend der Mitgliederstruktur des Verbands, vor allem kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften: 40 % der in der Befragung beteiligten Unternehmen sind kommunale Wohnungsunternehmen und 53 % Genossenschaften. Hierbei handelte es sich überwiegend um Wohnungsunternehmen von mittlerer Größe (73 %) mit einem Bestand zwischen 500 bis 2.500 Wohnungen.

Schwerpunktthemen der Befragung waren:

- Unternehmensinterne Verankerung des Themas „Wohnen und Sicherheit“ Bedeutung und Entwicklung sicherheitsrelevanter Themen
- Hinweise zu sicherheitsrelevanten Vorkommnissen
- Standorte/Quartiere in negativer Dynamik
- Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls
- Kooperationen zwischen Wohnungsunternehmen und Kommunen

### **Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse**

Auf die Frage, welche sicherheitsrelevanten Themen im Unternehmen im Alltag bereits regelmäßig auftreten, wurden vor allem Verhaltensauffälligkeiten von Bewohnerinnen und Bewohnern, Zunahme des Pflege- und Instandhaltungsaufwands, Zunahme von Bewohnerinnen und Bewohnern in sozialen Problemlagen sowie Vandalismus im Außenbereich und Zunahme der Mieterfluktuation genannt. Zur Stärkung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls der Bewohnerschaft setzen die Wohnungsunternehmen vor allem auf technische Hilfsmittel wie den Einbau von Gegensprechanlagen, Schließanlagen oder Beleuchtungskonzepten. Auch Graffiti und Tags werden schnellstmöglich entfernt. Als soziale Maßnahmen setzen Unternehmen auf die Unterstützung von Nachbarschaftstreffs oder Mietercafés durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten

oder die Organisation von Festen und Ausflügen. Auch die Unterstützung von Quartiersmanagements spielt eine Rolle.

Auf die Frage nach bestehenden Kooperationen und Schnittstellen von Wohnungsunternehmen mit Kommunen und der Polizei ergab sich folgendes Bild:

Direkte Schnittstellen von Wohnungsunternehmen zur Polizei ergeben sich insbesondere dort, wo Wohnungsunternehmen vor Ort mit Mitarbeitern und Räumlichkeiten in den Wohnanlagen präsent sind; insbesondere wenn sie Nachbarschafts- oder Mietertreffs in den Wohnanlagen eingerichtet haben. Über die Mitarbeiter der Treffs bestehen häufig Kontakte zu den bürgernahen Polizeibeamten. Oftmals führt die Polizei in diesen Einrichtungen Informationsveranstaltungen zu sicherheitsrelevanten Themen durch. In Einzelfällen sind Polizei und Wohnungsunternehmen auch Mitglieder in kriminalpräventiven Räten und arbeiten in diesen Institutionen gemeinsam an sicherheitsrelevanten Themen. Auch im Rahmen von Quartiersentwicklungsmaßnahmen (Sanierungsgebiete, Soziale Stadt) ergeben sich mitunter Schnittstellen durch die Mitwirkung von Polizei und Wohnungsunternehmen an begleitenden Gremien der Quartiersentwicklung. Darüber hinaus lassen sich jedoch kaum regelhafte Schnittstellen zwischen Polizei und Wohnungsunternehmen ausmachen.

Zwischen Wohnungsunternehmen und Kommunen bestehen in der Regel mehr Schnittstellen. Bestehende Kooperationen beziehen sich auf bauliche-technische Themen vor allem über notwendige Antragstellungen oder Bewilligungsverfahren. Sofern in den Kommunen Quartiersentwicklungsmaßnahmen durchgeführt werden (Sanierungsgebiete, Soziale Stadt) ergeben sich Schnittstellen zur öffentlichen Verwaltung oder aber bei Unternehmen, die über öffentlich geförderte Wohnungsbestände („Sozialwohnungen“) verfügen. gibt es über die Wohnungs-/Sozialämter der Kommunen oftmals Vorschläge oder Vorgaben zur Neubelegung von Wohnungen. Kommunen verfügen zudem als Eigentümerin der kommunalen Unternehmen im Aufsichtsrat der Unternehmen auch über Mitglieder, die aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung kommen. Hierüber ergeben sich direkte Kontakte zwischen kommunalen Akteuren und den Unternehmensleitungen und die Kommunen können Einfluss auf das Unternehmenshandeln ausüben. Neben den formalen Schnittstellen geht der Impuls für eine Kooperation zwischen einem Wohnungsunternehmen und der jeweiligen Kommune vor Ort nach Angaben der befragten Unternehmen jedoch wesentlich häufiger von den Wohnungsunternehmen aus als von der Kommune.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Mehrheit der befragten Unternehmen (85%) angaben, dass die sicherheitsrelevanten Themen in Zukunft für die Wohnungswirtschaft allgemein stärker bis deutlich stärker von Bedeutung sein werden als bisher.

#### **Direktes Ergebnis aus Arbeitspaket 5:**

AP 5 Zulieferung der wohnungswirtschaftlichen Perspektive zum Theoretischen Paper und Einbringen der Perspektive in den Projektverlauf sowie Teilnahme und Vortragsbeiträge auf den öffentlichen



Alle Zulieferungen sind erfolgt und in den Verlauf des Projekts eingeflossen. In der Broschüre „Ergebnisse der Be-

Veranstaltungen (Kick-Off, Meilenstein, Workshops und Abschlussveranstaltung).

Zusammenfassung der Erkenntnisse in einer Broschüre

fragung von Wohnungsunternehmen zu sicherheitsrelevanten Themen“ sind die Erkenntnisse zusammenfassend dargestellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

### **II.1.3 „Feststellen konkreter Gefahrenräume - Raumbezogene Kriminalität“**

#### **Kriminalgeografie**

Im sozialwissenschaftlichen Kontext ist die Kriminalgeografie eng mit der sozialökologischer Forschung verknüpft, in denen soziale Probleme, Gewalt und bestimmte Formen normabweichendes Verhalten in einem geografisch festgelegten Raum analysiert wird. Oberwittler verweist in einem Aufsatz aus dem Jahr 1999 auf die Moralstatistiker des 19. Jahrhunderts, die Statistiken nach Verwaltungsbezirken erstellten, ...: "um regionale Verteilungen bestimmter Verhaltensformen wie uneheliche Geburten, Selbstmord oder Kriminalität mit sozio-ökonomischen Variablen in Beziehung zu setzen. (Oberwittler 1999 nach Mayr: 403). Eine kriminologische Betrachtungsweise des Begriffes lässt die Definition Herolds zu. Danach ist „die Kriminalgeografie... die Wissenschaft von den Beziehungen, die zwischen der spezifischen Struktur eines Raumes und der in ihm örtlich und zeitlich anfallenden Kriminalität bestehen“. (Schwind 2016 nach Herold: 337). Die von Herold erwähnte spezifische Struktur eines Raumes ist in den Raumwissenschaften differenzierter hinterlegt.

#### **Raum**

Raum ist ein interdisziplinäres Phänomen. In der Mathematik wird der Raum hinsichtlich seiner physischen Eigenschaften beschrieben, der sich nach Ausdehnung in Höhe, Länge und Breite definiert. In der Soziologie setzten Simmel und Durkheim 1903 den Raum in den Kontext von Vergesellschaftung. Pierre Bourdieu verstand Raum als soziales Konzept. Er unterscheidet zwischen dem physischem und dem sozialem Raum (Bourdieu 1995). Der physische Raum ist dabei der konkrete Raum, der körperlich-materielle, der gebaute und umbaute Raum, der als abstrakter Punkt aus einer physischen Geografie besteht. Der soziale Raum ist ein abstrakter Raum und wird durch die Aneignung der Akteurinnen und Akteuren die bestimmte Positionen einnehmen und die Verteilung von Dienstleistungen oder Gütern konstituiert. Der soziale Raum wird durch diese Akkumulation der homogenen Gruppe (in Form von Vierteln oder Stadtteilen) durch ihre gleichen Besonderheiten auch physisch erkennbar (Bsp. Künstlerviertel, bestimmte Namen von Geschäften etc.) Der angeeignete (physische) Raum entspricht dem, was die Einzelnen subjektiv aus den gegebenen Möglichkeiten zu bestimmten Zeiten (Löw 2001) machen bzw. machen können. Durch die Komplexität eines Raumes wird deutlich, dass die bloße plakative Darstellung

von Ereignissen auf einer Karte keinen ausreichenden Interpretationsspielraum zulässt. Die Beurteilung, ob ein Raum ein Gefahrenort sein kann, erfordert daher die genaue Analyse der baulich räumlichen Struktur als auch der sozialräumlichen Interaktionsmöglichkeiten.

### **Kleinräumige Lagebilder**

Die kleinräumigen Lagebilder dienen dazu, bestehende Gefahrenorte zu erkennen, zu analysieren und zu kategorisieren. Dabei handelt es sich um solche Orte, an denen ein polizeilicher Einsatz notwendig ist. Wenn die Polizei zu Ereignissen gerufen wird oder selbst wahrnimmt und zudem Maßnahmen trifft, werden diese grundsätzlich im VBS NIVADIS oder in alternativen Datenbanken dokumentiert. Mittels eines Auswertetools für das polizeiliche Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) NIVADIS (Niedersächsisches Vorgangsbearbeitungs-, Analyse-, Dokumentations- und Informations-System)<sup>2</sup> ist es dem LKA Niedersachsen möglich, Straftaten, Delikte und "Sonstige Ereignisse"<sup>3</sup> der raumbezogenen Kriminalität und weiterer Ordnungsstörungen einzusehen. Diese Ereignisse werden in einer geobasierten Datenkarte einem Ort zugeordnet und zeigen einzelne oder mehrere Taten. Aus der Beschreibung des angelegten Ereignisses ist abzulesen, wann, wo und wer die Tat verübt hat. Über den Kurzsachverhalt kann weiterhin nachvollzogen werden, wie der Ablauf der Tat stattgefunden hat. Eine genaue Analyse der Kurzsachverhalte ist durch die Polizei notwendig und erlaubt die Einschätzung, ob die Eintragungen Auswirkungen auf das in diesem Projekt fokussierte nachbarschaftliche Miteinander hat und zu Verunsicherungen der Wohnbevölkerung beitragen kann.

Durch die straßen- und hausnummerngenaue Darstellung der einzelnen Delikte ist ein Rückschluss auf personenbezogene Daten möglich, daher sind die Lagebilder nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Mit dem kleinräumigen Kriminalitätsbild ist es möglich, detaillierte Problemlagen räumlich zu erfassen und in Zusammenarbeit mit den planenden Akteuren differenzierte Lösungsansätze zu entwickeln. Das polizeiliche Wissen über das Tätervorgehen ist dabei maßgebend um Straftatgelegenheiten zu reduzieren. (Die vertiefte Ausarbeitung ist in der Broschüre Kleinräumig Lagebilder zu entnehmen).

---

<sup>2</sup> Das VBS NIVADIS ist nicht als Analysetool entwickelt worden, es dient dem Zweck, polizeiliches Handeln zu dokumentieren und die Sachbearbeitung zu unterstützen. Aufgrund dessen sind den sozialwissenschaftlichen Analyseansprüchen Grenzen gesetzt, beispielsweise können die erhobenen Daten bis zum Abschluss eines Vorgangs aufgrund von Ermittlungserkenntnissen teilweise verändert werden. Daten aus dem VBS sind daher immer stichtagsgebunden; sie sind aufgrund der genannten möglichen Veränderungen nicht reproduzierbar. Ferner unterliegen die Informationen gewissen Löschrufen, sodass nur begrenzte Zeiträume retrograd abgebildet werden können.

<sup>3</sup> Bei den "Sonstigen Ereignissen" handelt es sich um all jene Ordnungsstörungen, die von der Polizei in das Vorgangsbearbeitungssystem eingetragen wird aber unterhalb des strafbewährten Maßes liegen und somit keinem Deliktschlüssel aus der Polizeilichen Kriminalstatistik zuzuordnen ist.

## **Raumbezogene Kriminalität und Ordnungsstörungen**

Eine erste Annäherung an raumbezogene Kriminalität erfolgte über die Verknüpfung von Delikten und Ordnungsstörungen in Bezug auf das Sicherheitsempfinden oder das nachbarschaftliche Miteinander. Dabei bezieht sich das raumbezogene Sicherheitsgefühl vornehmlich auf die subjektive (Un)Sicherheit in Bezug auf den Stadtteil, die Nachbarschaft und die eigne Wohnung. Im Fokus steht dabei die direkte Auswirkung eines Ereignisses auf die individuelle Verunsicherung und Angst in Bezug auf die baulich-räumliche Gegebenheiten. Für die Erfassung des raumbezogenen Sicherheitsgefühls werden also solche Ereignisse einbezogen, die das Sicherheitsempfinden direkt beeinträchtigen können und sich beispielsweise nicht indirekt aus der Interventionsmaßnahme wie beispielsweise aus dem Eingriff der Polizei im Nachhinein ergeben.

Nicht nur schwere Delikte beeinträchtigen die subjektive Sicherheit der Bevölkerung, sondern insbesondere Alltags- und Kleinkriminalität, aber auch antisoziales Verhalten außerhalb der Strafbarkeit (Pfeiffer 2006). In der Regel haben Delikte wie Vermögens- und Fälschungsdelikte, Ladendiebstahl, Fahrzeugkontrollen oder auch Führerscheinüberprüfungen keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden der Bewohnerinnen und Bewohner, wohingegen Unsicherheiten aufgrund von Ordnungsstörungen und Ereignissen unterhalb des strafbewährten Maßes wie Ruhestörungen, illegale Müllentsorgung oder aggressive Bettelei durchaus einen relevanten Einfluss auf das Sicherheitsempfinden haben können.

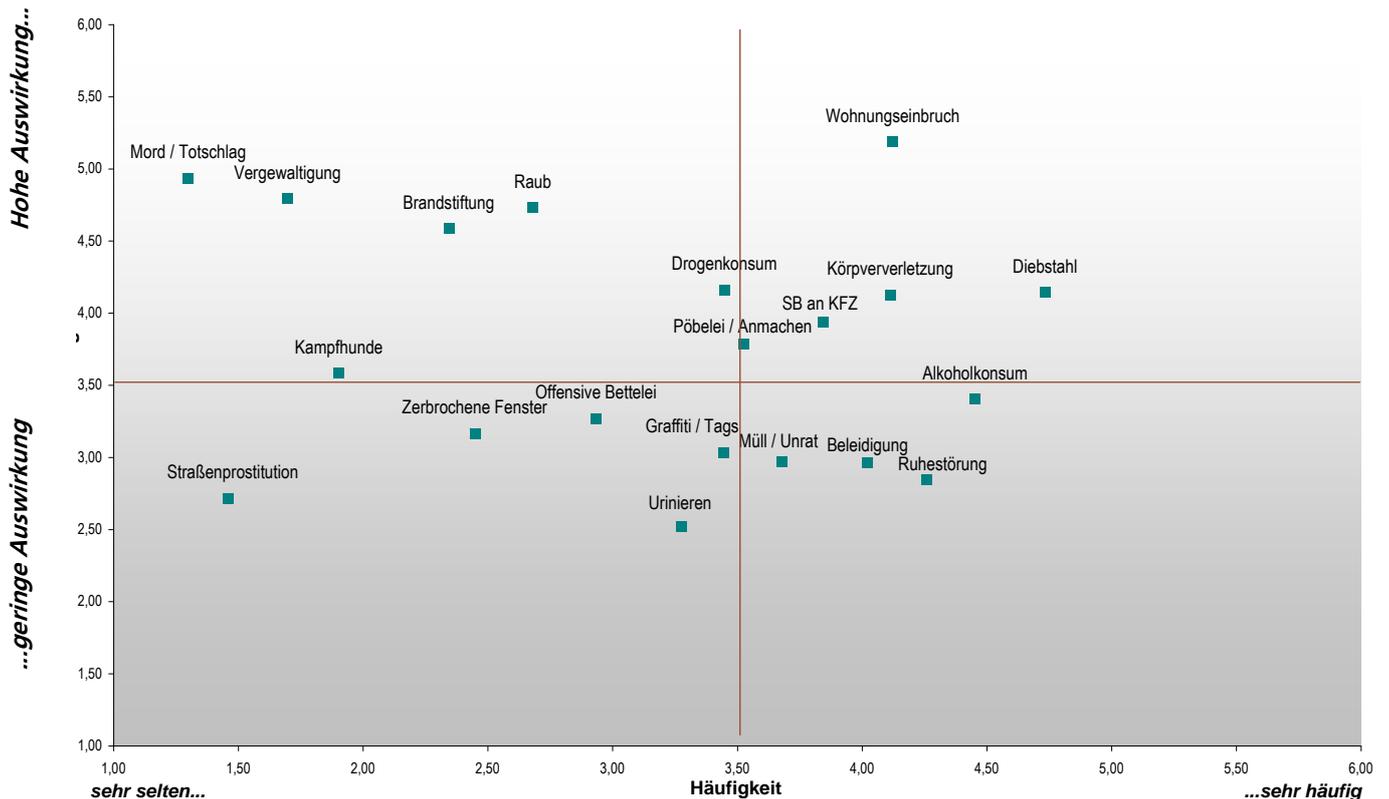
Mit der Erkenntnis, dass nicht jedes Ereignis die gleichen Auswirkungen auf das nachbarschaftliche Miteinander haben, wurde eine kleine empirische Untersuchung der Kriminologischen Forschungsstelle des Landeskriminalamtes Niedersachsen durchgeführt.

Eine quantitative Befragung von Polizeibeamtinnen und -beamte, die in ihrer Funktion täglich direkten Bürgerkontakt haben sollte Aufschluss darüber geben, wie die Häufigkeiten eines Ereignisses und deren Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld in Beziehung zu setzen sind. Der Fragebogen umfasste zwei Kernfragen zu Auswirkung und Häufigkeit von insgesamt 20 Phänomenen, die geeignet sind, das Sicherheitsgefühl zu beeinflussen. Die Palette der zu bewertenden Ereignisse reichte von schweren Straftaten wie „Mord / Totschlag“ über Sachbeschädigungen wie „Graffiti / Tags“ bis hin zu so genannten sozialen Incivilities wie „Urinieren im öffentlichen Raum“ und physischen Incivilities "Zerbrochene Fenster" oder "Müll und Unrat". Den Befragten wurde die Möglichkeit gegeben, die Auftretenshäufigkeit auf einer sechspoligen Skala von „sehr selten“ bis „sehr häufig“ zu bewerten. Darüber hinaus konnten die Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl auf einer Skala mit sechs Antwortmöglichkeiten von „sehr geringer Einfluss“ bis „sehr großer Einfluss“ angegeben werden.

Hinsichtlich der Einschätzung von Häufigkeit und Auswirkung der verschiedenen Straftaten und Phänomene wurden Mittelwerte über die gültigen Antworten berechnet, sie liegen mithin also zwischen 1 („sehr selten“ bzw. „sehr geringer Einfluss“) und 6 („sehr häufig“ bzw. „sehr großer Einfluss“). Die Ergebnisse sind in der folgenden Grafik dargestellt, bei der jede Straftat und jedes Phänomen auf zwei Achsen hinsichtlich der bemessenen Häufigkeit und Auswirkung eingetragen ist.

Der Mittelwert von 3,5 stellt die durchschnittliche Auftretenshäufigkeit und Auswirkungen dar. Die Mittelachsen teilen die einzelnen Bereiche in vier Segmente.

**Abb. 5: Auftretenshäufigkeit und Auswirkungen nach Einschätzung des Einsatz- und Streifen dienst**



Die Einteilung in vier Teilsegmente ordnet Delikte und Ordnungsstörungen nach ihrer Auftretenshäufigkeit und dem Grad der Verunsicherung. Im Themenfeld der städtebaulichen Kriminalprävention sind vor allem Ereignisse rund um den Kreuzungspunkt relevant. In diesen Themenbereichen wie „Offensiven Bettelei“, „Graffiti und Tags“, „Müll und Unrat“ sowie „Pöbelei und Anmache“, auch bei Alkoholkonsum und Ruhestörungen können präventive soziale wie bauliche Maßnahmen ansetzen. Für die Deliktsbereichen Mord, Vergewaltigung, Brandstiftung und Raub steht außer Frage, dass diese Deliktfelder zu verhindern sind; ihnen kann jedoch nicht mit Instrumenten der städtebaulichen Kriminalprävention begegnet werden. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Wohnungseinbruch. Ein Delikt, das in den letzten Jahren nicht zuletzt aufgrund der Tatsache gestiegen ist, dass ein Wohnungseinbruch noch nie so unrentabel war. "Dank Kredit- und Bankkarten sind die Bargeldbestände in den Haushalten gering und die Zahlungskarten sind durch PIN und weitere Sicherungsmechanismen für Einbrecher wenig lukrativ." (LKA 2014:

1) Darüber hinaus ist der rapide Preisverfall von gebrauchten elektronischen Geräten dafür verantwortlich, dass ein Einbruch immer weniger Gewinn für entsprechendes Diebesgut abwirft. Wer also vom Einbruch seinen Lebensunterhalt bestreiten will, muss – genau wie im legalen Wirtschaftsleben – mehr Umsatz machen, d.h. in diesem Fall mehr Einbrüche begehen. Ein weiterer Aspekt liegt in der Unrentabilität und der Reduzierung anderer Diebstahlsbereiche, was sich am Beispiel des Diebstahls von Kraftfahrzeugen zeigt. "Dieser ist in den letzten 10 Jahren aufgrund ständig verbesserter Wegfahrsperren um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Auch der Diebstahl von Radio- oder Navigationsgeräten aus Fahrzeugen, ist stark rückläufig, weil sich das Diebesgut aufgrund von Codierungen der Geräte nur schwer absetzen lässt<sup>4</sup>." (vgl. LKA, Dez.32 2014)

Nach Einteilung der Auftretenshäufigkeit und Auswirkungen, wurde in jedem Fallstudienort ein raumbezogenes kleinräumiges Kriminalitätslagebild erstellt (siehe 2.1.5).

### **Als direkte Ergebnisse des Arbeitspaketes 3 waren vorgesehen und wurden erarbeitet:**

AP 3: Typisierungen von Gefahrenräumen Definition und Qualifizierung raumbezogene Kriminalität

Broschüre „Kleinräumige Kriminalitätslagebilder“

Befragung zur raumbezogenen Kriminalität wurde durchgeführt und floss in die weitere Bearbeitung des Projektes ein.



Wurde erstellt und den Projektpartnerinnen und Projektpartnern sowie der Polizei als gedruckte Version zur Verfügung gestellt. Aufgrund der datenschutzrechtlichen Anforderungen wurde die Broschüre nicht öffentlich bereitgestellt.

### **II.1.4 „Quantitative Bevölkerungsbefragung - Viktimisierung und Sicherheitsempfinden der Bevölkerung“**

Mit Hilfe einer Bevölkerungsbefragung in den Stadtteilen wurde nach dem Sicherheitsempfinden am Wohnort sowie nach konkreten Angsträumen gefragt. Ziel war die Erfassung des Sicherheitsgefühls und der Kriminalitätsfurcht, des Vermeidungsverhaltens bei Unsicherheit im öffentlichen Raum sowie die Wahrnehmung von Problemlagen im Stadtteil und der Bewertung geeigneter Lösungsvorschläge für die Steigerung der Lebensqualität im Stadtteil. Diese Form der Bevölkerungsbefragung wurde gewählt, da sich in der offiziellen Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) zwar Angaben zu „Ausmaß und Entwicklung der Kriminalität abbilden<sup>5</sup> (vgl. LKA 2015:4),

---

<sup>4</sup> Eine ausführliche Analyse zum Wohnungseinbruchdiebstahl ist der Kampagne "Zu Hause - Sicher das! Gemeinsame Offensive für Einbruchschutz" des LKA, Dezernat 32 zu entnehmen.

<sup>5</sup> In der PKS werden nur die Straftaten abgebildet, die von den Bürgerinnen und Bürgern zur Anzeige gebracht werden

sich diese wichtige Quelle jedoch nicht eignet, um das subjektive Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung zu erfassen.

Grundlage für die Entwicklung des Fragebogens waren Erhebungsinstrumente verschiedener nationaler und internationaler Studien. Diese wurden als Vorlagen herangezogen und auf die spezifische Fragestellung angepasst

In jedem Fallstudienort wurden je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner mit einer reinen Zufallsstichprobe gezogen. Die Befragten mussten mindestens 16 Jahre alt sein und ihren Hauptwohnsitz in den für die Studie relevanten Stadtteilen haben (Stichtag war der 30. Juni 2014). Ausgenommen waren Personen mit Auskunftsperre gem. §35 Abs. 2 und 3 NMG.

Der Fragebogen umfasste 14 Seiten und 36 meist geschlossene Fragen. Neben sozio-ökonomischen Angaben wie Alter, Geschlecht, Bildung, Migration und Einkommensgruppen wurden dabei auch Fragen zur Haushalts- und Wohnsituation gestellt. Auf Grundlage vorheriger Befragungen konnte auf getestete Skalen in den Bereichen „Qualität des Wohnumfeldes“ und „Intensität in der Wohnnachbarschaft“ und auf bewährte Formulierungen zurückgegriffen werden. Damit konnten auch Fragen sowohl zur emotional-affektiven, kognitiven (verstandsbezogen) und konativen (verhaltensbezogen) Kriminalitätseinstellung als auch zu Problem- und Lösungsansätzen gestellt werden. Zu den Bereichen „Verantwortungszuschreibung“ und „unsichere Orte und Angsträume“ wurden im Wesentlichen offenen Fragen gestellt. Die gesamte Auswertung ist der Broschüre „Auswertung der Befragung zum Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld“ entnommen werden, hier werden die für das Projekt unmittelbar wichtigen Erkenntnisse zusammengefasst.

### **Rücklauf**

881 der 3.000 angeschriebenen Personen sandten einen ausgefüllten und auswertbaren Fragebogen zurück. Der höchste Rücklauf konnte in Lüneburg-Mittelfeld erreicht werden, der geringste in Emden-Barenburg. Entsprechend stellen Antwortende aus Lüneburg-Mittelfeld auch den höchsten, aus Emden-Barenburg den geringsten Anteil an der Stichprobe. Ein Vergleich der Anteile verschiedener Altersgruppen im Rücklauf und in der Grundgesamtheit der drei Fallstudienorte offenbart, dass jüngere Altersgruppen unter- und ältere Altersgruppen überrepräsentiert sind. Dieser Umstand ist für schriftliche Befragungen üblich, hat aber die Konsequenz, dass die in diesem Text getroffenen Aussagen nicht repräsentativ für die jeweiligen Fallstudienorte nach Alter sind. Dies gilt insbesondere, da das primäre Erkenntnisinteresse der hier vorgestellten Befragung auf Inhalte abzielt, die einem starken Alterseinfluss unterliegen.

In allen drei Städten antworteten mehr Frauen als Männer. Das Durchschnittsalter betrug insgesamt 54,7 Jahre. Die Gruppe der Antwortenden in Lüneburg-Mittelfeld ist mit 52,3 Jahren die jüngste, gefolgt von Emden-Barenburg mit 55,0 Jahren und Braunschweig-Weststadt mit 57,6 Jahren. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund liegt in der Braunschweiger Weststadt bei 36,0 %. In Emden-Barenburg und Lüneburg-Mittelfeld beträgt er 17,6 % bzw. 14,5 %.

## **Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse**

Auch wenn die Befragung in Bezug auf Altersgruppen nicht repräsentativ ist, zeigen sich doch deutliche Hinweise auf eine differenzierte Betrachtung zu Unsicherheiten im öffentlichen Raum. Wie schon in anderen Studien belegt, ist die individuelle Sicherheit geprägt durch das Alter, Geschlecht und die eigene Vulnerabilität. Das Sicherheitsgefühl in den drei Fallstudienstädten ist insgesamt hoch.

Das affektiv-emotionale Furchtniveau ist aber bei den befragten Frauen höher ausgeprägt als bei den befragten Männern, obwohl Männer häufiger Opfer von Kriminalität im öffentlichen Raum werden. Das Kriminalitäts-Furcht-Paradoxon zeigt sich damit auch in dieser Studie. Das raumbezogene Sicherheitsgefühl insgesamt ist überdurchschnittlich gut. Bemerkenswert ist, dass sich die Befragten sicherer fühlen, je vertrauter ihnen die Umgebung ist. Ein verstärktes Unsicherheitsgefühl tritt dann ein, wenn die Befragten allein unterwegs sind und auf fremde Personen treffen. Ebenso ist das raumbezogene Sicherheitsgefühl in der Dunkelheit geringer als am Tage.

Ein wesentlicher Faktor zur Steigerung des Sicherheitsempfindens der Wohnbevölkerung ist die Qualität des Wohnumfeldes und zwar im größeren Umfang als die Intensität zu der Nachbarschaft. Das gegenseitige Kennen ist zwar von großer Bedeutung, wichtiger ist jedoch die Gestaltung des Wohnumfeldes. Dies ist ein Umstand, der die Bedeutung des Wohnumfeldes als gut gestalteter, sauberer und ansprechender Ort hervorhebt und unterstützt wird durch die Angaben zum Vermeidungsverhalten.

Wenn Unsicherheiten vorhanden sind, wechseln Betroffene die Straßenseite, wenn ihnen jemand bedrohlich erscheint oder sie vermeiden die Nutzung bestimmter Straßen, Wege oder Plätze als auch den öffentlichen Personennahverkehr in der Dunkelheit. Diese Umstände können durch ganz konkrete, nutzungsorientierte Angebote durch Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen verbessert werden.

Insgesamt wird den Akteuren Polizei, Wohnungsunternehmen, Stadtverwaltung und Feuerwehr für die Qualität des Wohnumfeldes eine klare und eindeutige Zuständigkeit zugewiesen. Der Polizei wird stets eine große Zuständigkeit zugewiesen, außer es geht um Beleuchtungs- oder verschmutzungsfragen. Sobald Grundstücke oder Hauseingänge betroffen sind, würde sich an Wohnungsunternehmen gewandt werden. Die Stadtverwaltung wird als zuständig angesehen, wenn Probleme unterhalb der Schwelle der Kriminalität im öffentlichen Raum bestehen. Uneinigkeit bei der Zuordnung der Aufgaben besteht bei Graffiti und streunenden Tieren. Bei zugeparkten Straßen, ein Umstand, der in innerstädtischen Gebieten häufig vorkommt, wird hingegen nicht die zuständige Stadtverwaltung sondern die Polizei gerufen.

Die Identifikation mit dem Stadtteil und der Wohnnachbarschaft unterstützt das Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung. Aus der Befragung ist auch deutlich geworden, dass komplexe Einflüsse zur Identifikation beitragen können. Hier wäre eine vertiefte Untersuchung mit weiteren methodischen Ansätzen notwendig, um die einzelnen Faktoren detaillierter erfassen zu können.

Priorität für die Befragten zur Steigerung der Lebensqualität haben Gewaltvorbeugung an Schulen und die Zusammenarbeit mit der Polizei. Neben diesen Aspekten werden gestaltete Straßen, Wege und Plätze und die Sauberkeit gern gesehen, dabei schätzen die Befragten partizipative Prozesse und Beteiligungsverfahren. Der Einsatz privater Sicherheitsdienstleister und die Einrichtung von Streifengängen von Bürgerinnen und Bürgern werden hingegen als wenig sinnvoll eingeschätzt.

Die Befragten konnten Angsträume konkret benennen. Über offene Fragen wurden sie gebeten, die Orte so genau wie möglich zu benennen. Oftmals erfolgten Angaben zu abstrakten Orten, wie Wegeverbindungen, Plätze und Parks oder Haltestellen. In manchen Fällen wurden aber auch konkrete Straßen, Stadtteile oder ortsbezogen bekannte Merkmale benannt. Diese konnten dann in einer Karte abgetragen werden. Die Gründe der Verunsicherung waren vielfältig. Meist besteht eine Unsicherheit, wenn dort Situationen entstehen, die einem unbekannt vorkommen. Entweder halten sich Personen auf, die verunsichern oder der Ort wirkt dunkel und unübersichtlich oder weist viele Versteckmöglichkeiten auf. Verbunden mit der inhaltlichen Ausführung können diese Angaben dienlich Hinweise für beispielsweise Neu- und Umgestaltungen sein. Bestätigt werden konnte auch das Nachbarschaftsparadoxon (Boers 1998:123), welches besagt, dass sich Individuen in ihrem direkten Wohnumfeld häufig sicherer fühlen als an unbekannteren Orten. Diese wesentlichen Ergebnisse bieten eine Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten, die in die weitere Bearbeitung des Projektes transit einfließen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass zukünftig ergänzende Methoden notwendig sind, um eine bessere Einbindung junger Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen, um sowohl das Sicherheitsniveau als auch die Problemeinschätzungen und Lösungsvorschläge dieser genannten Gruppen zu erfassen. Diese waren in der aktuellen Untersuchung deutlich unterrepräsentiert.

#### **Als direkte Ergebnisse des Arbeitspaketes 4 waren vorgesehen und wurden erarbeitet:**

AP 4: Vorbereitung Durchführung und Auswertung der Befragung. Entwicklung eines Fragebogens, Auswahl der Umfrageteilnehmenden, Versand und Begleitung der Befragung, Erstellen eines gelabelten Datensatzes, Hypothesenentwicklung für die Auswertung,  
Erstellen einer Broschüre



Die für die Fertigung der Broschüre notwendigen Vorarbeiten wurden ausgeführt und sind als Bestandteil eingeflossen. Broschüre „Auswertung der Befragung zum Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld“ wurde erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

## **II.1.5 Abgleich Gefahrenorte und Angsträume**

In den vorangegangenen Schritten wurden Angsträume über Befragungen (siehe 2.1.3) und Gefahrenorte mit Bezug zum Raum über kleinräumige Lagebilder (2.1.4) definiert.

### **Angsträume**

Angsträume sind subjektiv wahrgenommene Räume, die durch Abwesenheit sicherheitsrelevanter Aspekte und der individuellen Resilienz von einem „normalen“ Raum zu einem Angstraum werden können. Wann nun ein Raum zu einem Angstraum mutiert, hat unterschiedliche Ursachen. Zum einen spielt die individuelle Vulnerabilität eine Rolle, die sowohl alters-, geschlechts- und/oder herkunftsbedingt ist. Auch die eigenen Viktimisierungserfahrungen haben einen Einfluss. Auf dieser personalen Ebene sind Angsträume nicht statisch und werden vom Betrachtenden individuell beurteilt. Als allgemeine Merkmale von Angsträumen werden unter anderem Unübersichtlichkeit, schlechte Beleuchtung, fehlende Ausweichmöglichkeiten, Unbelebtheit oder auch mangelnde Gepflegtheit“ (Ruhne 2003: 18) genannt, auch dynamische Faktoren spielen eine Rolle wie „Tageszeit, Dunkelheit, Menschenleere, Verwahrlosung, Verschmutzung“ (Sailer 2004: 72). Unsicherheiten entstehen also aufgrund baulich räumlicher und sozialräumlicher Faktoren als auch aufgrund antisoziales bzw. deviantes Verhalten oder nur durch unbekannte Situationen oder Gruppen entstehen (Häußermann / Siebel 2004:58). Angsträume sind meist diffus empfundene Bereiche, die sich nicht unmittelbar an konkreten Orten festmachen lassen.

Über die quantitative Bevölkerungsbefragung wurden Angsträume erfasst. Rund ein Drittel der Befragten, vornehmlich Frauen nannten Orte, an denen sie sich unsicher fühlten. Um diese Angaben zu systematisieren wurden mit Hilfe des Programms MaxQDA nach Überschneidungen und Abweichungen gesucht, so dass sowohl konkrete als auch abstrakte Ortsangaben herausgefiltert werden konnten. Die Angaben wurden auf den jeweiligen Karten der Fallstudienstädte markiert.

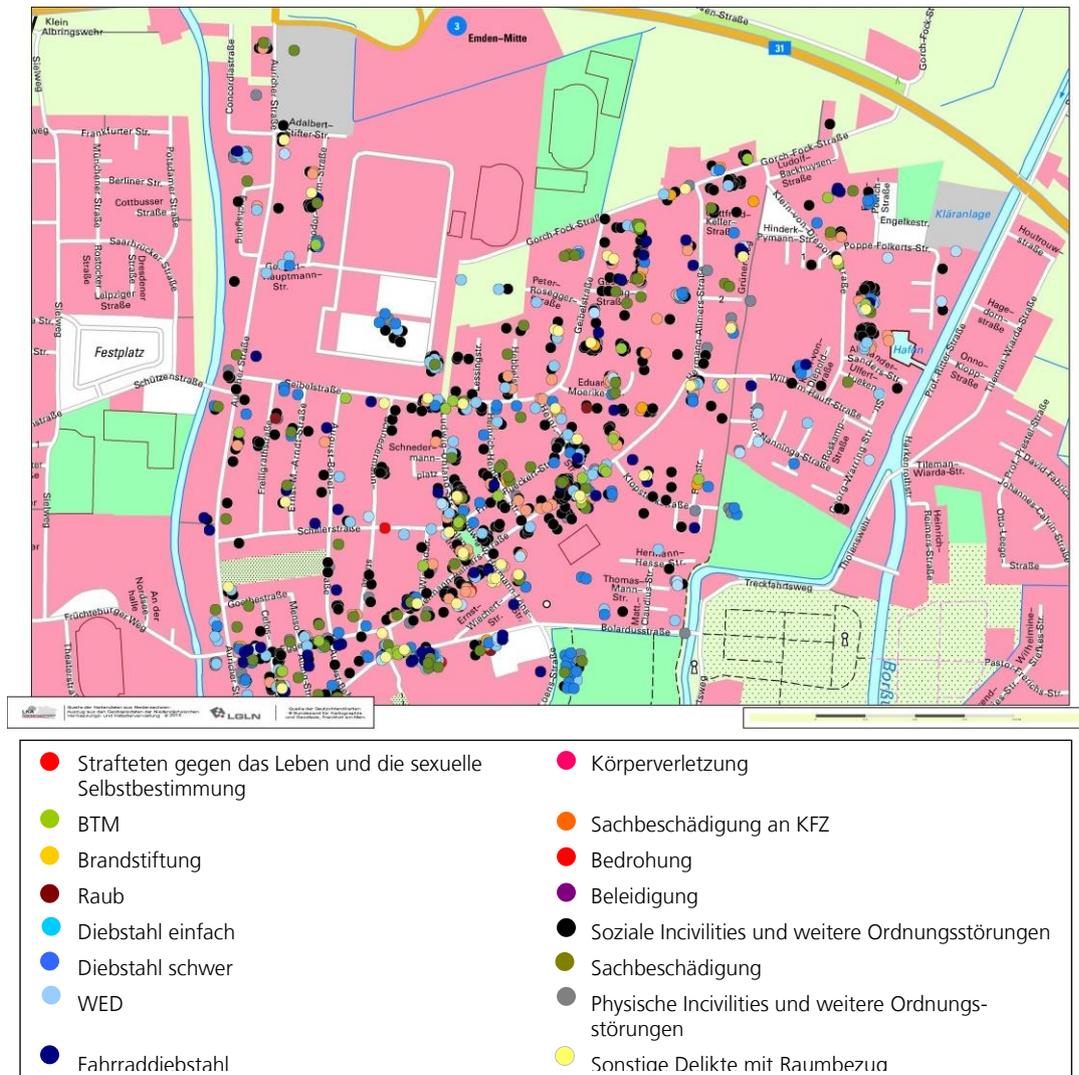
### **Gefahrenorte**

Als Gefahrenorte wurden die Räume bezeichnet, in denen tatsächliche raumbezogenen Kriminalität, Ordnungsstörungen nachgewiesen werden konnten. Innerhalb des transit-Projektes wurden die kleinräumigen Lagebilder dazu genutzt, die Gefahrenorte in den einzelnen Fallstudienorten zu erfassen, zu analysieren und zu kategorisieren. Für die weitere Verwendung im Projekt wurden einzelne Ereignisse anonymisiert zusammengefasst und die Orte abstrahiert, so dass keine Rückschlüsse auf einzelne Adressen getroffen werden können.

Für die Gegenüberstellung wurden die Gefahrenorte innerhalb eines Betrachtungszeitraums eines gesamten Kalenderjahres hinzugezogen, um jahreszeitliche Besonderheiten mit hohen und ruhigen Deliktzeiten abzubilden. Die Delikte ohne Raumbezug wurden aussortiert, so dass diejenigen Ereignisse analysiert und verortet wurden, die für das Themenfeld Sicherheit im Wohnumfeld von Bedeutung waren. Die infrage kommenden Daten wurden verortet und das entstandene Bild mit interpretiert. Es wurden die Orte als Gefahrenorte markiert, die eine Bündelung von

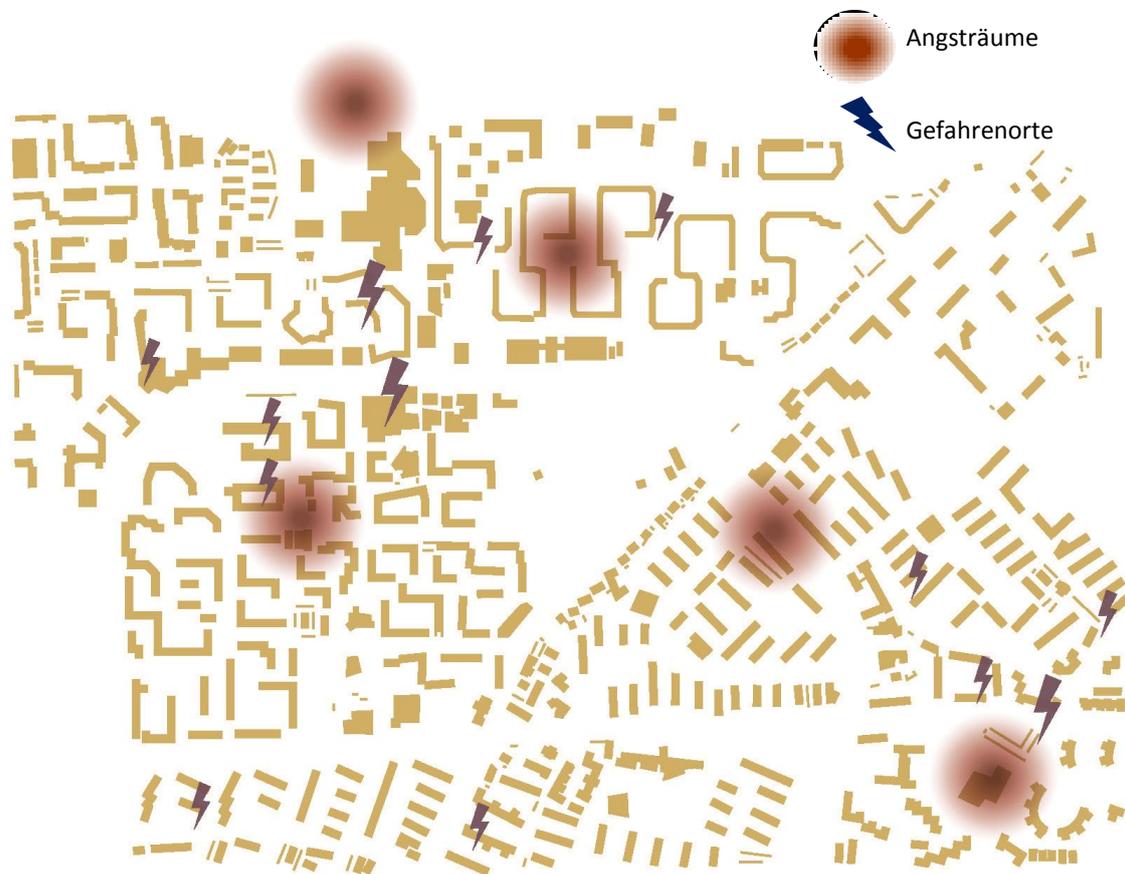
entweder mehr als 10 raumbezogenen Ereignissen aufwiesen oder die in der Sicherheitsbeurteilung der raumbezogenen Kriminalität (2.1.4) starke Auswirkungen zeigten.

**Abb. 6. Beispielhafte Darstellung der Gefahrenorte mit Raumbezug**



Angsträume und Gefahrenräume wurden bisher meist getrennt untersucht. Besonders die kleinräumige Überlagerung fand aufgrund von Datenerhebungs- und Auswertungsproblemen kaum Berücksichtigung in empirischen Arbeiten. Durch den Zugang zu aktuellen kleinräumigen Daten des polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystems und der Gegenüberstellung der Befragungsergebnissen zu Orten, an denen sich die Befragten unsicher fühlen (siehe 2.1.3) konnte eine Gegenüberstellung der Angaben getätigt werden, mussten jedoch anonymisiert werden, um sie der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

**Abb. 7. Beispielhafte Darstellung der anonymisierten Gegenüberstellung der Angsträume und Gefahrenorte**



Wie schon in vorangegangenen Projekten (LKA 2011) festgestellt wurde, stimmen die als subjektiv unsicher empfundenen Orte (Angsträume) nicht unbedingt mit den Orten überein, an denen tatsächlich Kriminalität oder Ordnungsstörungen stattfinden. Ein Problem der konkreten Verortung der Angsträume ist dabei sicherlich die eher unpräzise Angabe der Befragten im Vergleich zu den präzise aufgenommenen Tatörtlichkeiten, die meist georeferenziert oder zumindest Hausnummerngenau erfasst werden. Aus den Gründen ist jedoch abzuleiten, dass die Gründe der Verunsicherung eher auf baulich-räumliche Missstände zurückführen als auf konkrete Delikt-situationen.

## Als direkte Ergebnisse des Arbeitspaketes 9 waren vorgesehen und wurden erarbeitet:

AP 9 Vergleichende Analyse der Gefahren- und Angsträume auf Basis der empirischen Arbeit in den Arbeitspaketen 3 und 8 und Darstellung der Ergebnisse in einer Broschüre



Broschüre „Gegenüberstellung von Angsträumen und Gefahrenorten“ wurde erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

### II.1.6 Stadträumliche Bestandsaufnahme, kleinräumige Begehungen

Aus den definierten Angsträumen und Gefahrenorten (siehe Kap. 2.1.5) wurde eine gemeinsame Begehungsrouten erstellt. Zur Auswahl der Begehungsrouten war es notwendig, vorab eine (stadt)räumliche Bestandsaufnahme vorzunehmen. Diese umfasst die Erhebung, Beschreibung und dokumentierte Untersuchung eines konkreten, definierten Raumes. Sie beschreibt die Bedingungen vor Ort und systematisiert sie nach vorgegebenen Kategorien. Ziel einer (stadt)räumlichen Bestandsaufnahme ist es, zielorientierte bzw. problemanalytische Beschreibungen vorzunehmen sowie bestimmte Merkmale systematisch zu erfassen und darzustellen. Durch die Komplexität städtischer Strukturen und Konstrukte ist es hilfreich, klare, zielgerichtete und problemorientierte Merkmale zu definieren und die Ergebnisbeschreibung anhand der festgelegten Beschreibungsmerkmale vorzunehmen. (Stadt)räumliche Bestandsaufnahmen können durch kleinräumige Begehungen ergänzt werden, sie ermöglichen es, den sozialen und den baulichen Zusammenhang eines Ortes zu erfassen und die in ihm stattfindenden Interaktionen aufzubereiten. In Form von Notizen, Fotos, Plänen und Statistiken sowie Kartierungen wurden wesentliche Merkmale erfasst. Zu erfassen war nicht nur das, was man sieht, sondern es kommt darauf an, wie Dinge wahrgenommen und genutzt werden. Eine Reduzierung auf das Wesentliche und damit auf die individuelle Zielsetzung ist hilfreich (vgl. Reichert 2012: 163).

Eine stadträumliche Begehung unter Sicherheitsaspekten dient der Katalogisierung und fotodokumentarische Bestandsaufnahme von Qualitäten und Ordnungsstörungen in einem kleinräumigen Bereich eines Stadtteils. Anhand der kleinräumigen Betrachtung war es möglich, konkrete ortsbezogene Hinweise auf Qualitäten und Störungen zu erhalten, darüber hinaus sollte Gelegenheit gegeben werden, Themengebiete zu abstrahieren und sie auf andere Gegebenheiten zu übertragen. Die gemeinsame Begehung dient dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch der beteiligten Akteure vor Ort und macht Netzwerkarbeit damit praxisnah und handhabbar. Der gegenseitige Austausch der Expertinnen und Experten diente dazu, den Raum aus unterschiedlicher fachlicher Perspektive erfahrbar zu machen. Um das (Un-)Sicherheitsempfinden der Nutzenden vor Ort in die Beurteilung eines Raumes hineinzubringen, wurden die Teilnehmenden im Vorfeld in ein künstliches Szenario versetzt. Als „Anwältin / Anwalt“ sollen sie neben ihrem Expertinnen und Expertenwissen die Nutzung des Raumes aus der Nutzungsperspektive bewerten. Dazu wurden vier Szenarien vorbereitet, die bei der Begehung berücksichtigt werden soll-

ten. In den Szenarien wurden Tageabläufe von Personen unterschiedlichen Alters und Geschlecht beschrieben, die den Raum im Alltag erfahren und nutzen müssen.

Ziele der Begehungen waren die Überprüfungen der ausgewiesenen Angsträume und Gefahrenorte. Unter Zuhilfenahme einer dafür zusammengestellten Kriterienliste zu Sicherheitsaspekten im Wohnumfeld war eine konsensorientierte Beurteilung von Stärken und Schwächen eines Stadtraumes geplant, um der gemeinsamen Zielsetzung zur Verringerung der Unsicherheiten und Reduzierung raumbezogener Kriminalität beizutragen. Über die Sensibilisierung auf eine nutzungsorientierte Sichtweise von Bewohnerinnen und Bewohner wurden sicherheitsrelevante Aspekte wie Erreichbarkeit, Einsehbarkeit, Übersichtlichkeit und Transparenz anhand konkrete Kriterien vor Ort überprüft und sollten damit zu einer Verbesserung der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner beitragen. Ganz im Sinne eines transdisziplinären Ansatzes konnten somit neue, noch nicht gedachte Lösungen generiert werden.

### **Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse**

Die Begehung fand in den jeweiligen Fallstudienstädten mit den verschiedenen Akteuren aus Polizei, Wohnungsunternehmen und kommunalen Vertreterinnen und Vertretern vor Ort statt. Schon während der Begehungen setzte ein reger Austausch zwischen den Beteiligten ein, der sich auf Zuständigkeiten, Wahrnehmungen und Abgleich konkreter sicherheitsrelevanter Situationen bezog. Die Beteiligten sollten den Kriterienkatalog konsensorientiert ausfüllen, je eine Teilnehmerin / ein Teilnehmer übernahm das Ausfüllen des Bogens. Die Moderation wurde aus dem Projektteam übernommen und diente vornehmlich dem Zweck bei Fragen zur Verfügung zu stehen und die vorgesehene Zeitspanne einzuhalten.

Am Ende der jeweiligen Begehung wurden die Teilnehmenden gebeten, einen Evaluationsbogen auszufüllen, der Fragen zur Methode stellte. Weiterhin wurden sie nach dem konkreten Mehrwert der Methode und dem möglichen Stundeneinsatz für die Anwendung befragt. Die Befragten konnten entweder eine positive oder eine negative Antwort geben. Offene Antwortmöglichkeiten standen für die Angabe der Stundenzahl im Monat und für Anregungen zur Verfügung.

Insgesamt wurde die Begehung als positiv bewertet. Ausnahmslos alle Teilnehmenden bewerteten die Begehungen als Mehrwert für ihr Arbeitsfeld und konnten sich vorstellen, diese Art der Begehungen unter den gegebenen Rahmenbedingungen im eigenen Tätigkeitsfeld anzuwenden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die fachübergreifende Arbeitsweise durch die multiperspektivische Betrachtung einen deutlichen Mehrwert darstellt. Insbesondere Veränderungen im Stadtteil können durch die praktikable und methodische Aufbereitung, die differenzierte Kriterienliste sowie durch eine professionelle Vorbereitung gezielt und genau erkennbar gemacht werden.

### **Als direkte Ergebnisse des Arbeitspaketes 8 waren vorgesehen und wurden erarbeitet:**

AP 8 Aufnahme subjektiver Wahrnehmungen und Katalogisierung von Incivilities und fotodokumentarische Aufnahme festgestellter Incivilities.

Erstellen einer Broschüre



Broschüre „Dokumentation der Begehungen und Beobachtungen“ wurde erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

### **II.1.7 Stakeholderbefragung Netzwerkanalyse**

In den Fallstudienstädten fanden seitens des LKA insgesamt 11 Interviews mit Akteuren aus der Polizei, Vereinen, Kriminalpräventiven Räten und Gemeinwesenarbeit statt. Die leitfadengestützte qualitative Befragung der Akteure und Akteurinnen vor Ort richteten sich an all diejenigen, die sich als sogenannte "Stakeholder" für ihr Wohnumfeld und für Sicherheitsaspekte engagierten. Die Gespräche wurden mit Hilfe eines digitalen Handyrecorder aufgenommen und anschließend wörtlich transkribiert. Die Transkriptionen wurden auf Fehler korrigiert, anonymisiert und anschließend in das computergestützte Text- und Analyseprogramm MaxQDA übertragen. Die Informationen flossen in eine Netzwerkanalyse zu bestehenden Sicherheitskulturen (Kommunikation der Verantwortlichen, Netzwerke und Abstimmungen) untereinander ein. Dabei wurde deutlich, dass die lokale Kooperation zwischen Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen essenziell ist. Es wurde herausgefunden, dass die lokale Kooperation am besten funktioniert, wenn die Akteure zusammen an einem konkreten Projekt oder Problem arbeiten.

### **Als direkte Ergebnisse des Arbeitspaketes 10 waren vorgesehen und wurden erarbeitet:**

AP 10 Erfassung kriminalpräventiver Aktivitäten der Akteure vor Ort in den drei ausgewählten Fallstudien-Städten in Niedersachsen und Zulieferung zu einer Dokumentation



Broschüre „Akteure, Netzwerke, Strategien für ein sicheres Wohnumfeld in den Fallstudienstädten“ wurde erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

### **II.1.8 Fort- und Weiterbildung (Konzeptionierung und modellhafte Durchführung AP 14 und 18)**

Die Federführung der AP 14 und 18 lag beim Difu (siehe Abschlussbericht Difu). Das LKA war hier unterstützend tätig und brachte sowohl die polizeiliche Kompetenz in die Vorbereitung und Durchführung ein, unterstützte aber auch bei der Ausgestaltung der modulhaften Umsetzung. Um die niedersächsischen Erkenntnisse auf das Bundesgebiet zu übertragen, wurde eine Fort-

und Weiterbildungsmaßnahme für die Gruppe der Akteure konzipiert und in der Verlängerung des Projektes modellhaft in der Federführung des Difu in Berlin durchgeführt.

Gemeinsam mit den Verbundpartnern wurde eine zweitägige Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen konzipiert. Schon in der Vorbereitung zeigte sich, dass die drei Fokusgruppen nicht homogen sind und sich sowohl untereinander als auch in ihren Zuständigkeitsbereichen und -zuschreibungen unterscheiden. Dabei unterscheiden sich die Wohnungsunternehmen nach Größe, Gesellschaftsform und örtlicher Verbundenheit (siehe Befragung der Wohnungsunternehmen), die Kommunen unterscheiden sich ebenfalls nach Größe, Lage und Lebensbedingungen, die Verwaltungen nach Zuständigkeiten und Verwaltungsebenen (siehe Netzwerkanalysen Difu) und innerhalb der Polizei existieren verschiedene Schwerpunkte. Der Bereich „Kriminalprävention im Städtebau“ wird je nach aktuell überlagernden Themenfeldern und den damit zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen verfolgt. Über das LKA (Zentralstelle Prävention und kriminologische Forschungsstelle) und die Beauftragten für Kriminalprävention in den Polizeiinspektionen sowie teilweise über die Sachbearbeitung Prävention gibt es systematische Verankerungen in den Zuständigkeiten. Intensität und personelle Kontinuitäten sind abhängig von der Größe und dem Einsatzbereiche von Polizeidirektionen, Polizeiinspektionen oder Polizeikommissariaten (siehe Paper Grundlagen). Um der Vielschichtigkeit der einzelnen Akteurinnen und Akteure gerecht zu werden, wurde ein modulares System entwickelt, das die einzelnen Voraussetzungen und Bedarfe aufnimmt um sie auf einen annähernd gleichen Kenntnisstand zu bringen. Der erste Tag wurde dazu genutzt, die komplexe Thematik aus interdisziplinären Perspektiven zu beleuchten und sie so aufzubereiten, dass die theoretischen Inhalte auf die Disziplinen interne praxisbezogene Sichtweise hin orientiert ist. Zwei Grundlagenreferate am Vormittag vermittelten die Grundlagen, eines davon wurde seitens des LKA vorbereitet und gehalten. Mit dem Titel „Von der Theorie in die Praxis – wissenschaftliche Impulse für die Planung und Gestaltung sicherer Quartiere“ (Dirk Behrmann und Dr. Anke Schröder) wurde die notwendige Verknüpfung wissenschaftlicher und praktischer Ansätze vermittelt. Am Nachmittag erfolgte Schlaglichter zur urbanen Sicherheit aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Akteure aus Perspektive des Ordnungsamtes, des Stadtplanungsamtes, der Wohnungswirtschaft und der Polizei. In einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch konnten Erfahrungen und Stolpersteine in Form eines World-Cafés ausgetauscht werden.

**Als direkte Ergebnisse der Arbeitspakete 14 und 18 waren vorgesehen und wurden erarbeitet:**

AP 14 und 18 Entwicklung eines modellhaften Fort- und Weiterbildungsmoduls und Durchführung der Veranstaltung



Modellhaftes Seminar hat am 15. Und 16.09.2016 in Berlin stattgefunden. Ausführliche Darstellung erfolgt im Difu Abschlussbericht

### **II.1.9 Partizipation der Beteiligten: Workshops vor Ort**

Zur Rückkoppelung der theoretischen Ausarbeitung wurden die Vertreterinnen und Vertreter aus den Städten zu verschiedenen Workshops eingeladen. Die Workshops dienen dazu, die Akteure aus der Wohnungswirtschaft, Polizei und Kommunen aus den Fallstudienstädten Braunschweig, Emden und Lüneburg zusammenzubringen und disziplinen- und stadtübergreifend die im Prozess erarbeiteten Ergebnisse zu reflektieren.

Der erste Workshop am 17.09.2014 fand zu einem frühen Zeitpunkt des Forschungsprojektes statt und sollte sowohl die Bedarfe und Anforderungen als auch den Kenntnisstand der einzelnen Akteure vor Ort erfassen als auch in den kommenden Prozess aufgreifen. Mit Hilfe der World Café Methode wurden drei Thementische eingerichtet, an denen die Diskutanten die Möglichkeiten hatten, die Themen Sicherheit und Kriminalprävention im Städtebau darzulegen, die Besonderheiten des Gebietes untereinander zu erörtern und die Leitbilder und Visionen der Stadt zu reflektieren.

Der zweite Workshop am 18.11.2015 wurde nach der empirischen Feldphase des Projektes durchgeführt. Mit Hilfe der Metaplanmethode fanden zwei moderierte Themenrunden statt. In erster Runde wurden die einzelnen Disziplinen stadtübergreifend zusammengesetzt, so dass die Polizei, die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter sowie die Teilnehmenden der Wohnungswirtschaft den Stand der Dinge anhand von drei Leitfragen diskutieren konnten. In der zweiten Runde wurde auf Grundlage der Erkenntnisse aus der ersten Runde aufgenommen und diskutiert, welche Anforderungen und Umsetzungsmöglichkeiten zur Kooperation und zur Umsetzung kriminalpräventiver Maßnahmen in der Fallstudienstadt zur Verfügung stehen.

Die Form der Beteiligung diene dem transdisziplinären Ansatz, der theoretisches Wissen mit Praxis/Alltagswissen verknüpft und eine disziplinenübergreifende Wissenschaftspraxis etabliert werden soll. Im transdisziplinären Forschungsprozess werden in der Praxis bestehende lebensweltliche Probleme identifiziert und unter Einbezug der relevanten wissenschaftlichen Disziplinen und dem „Praxiswissen“ bearbeitet. Dadurch werden die sonst üblichen Grenzen sowohl zwischen wissenschaftlichen Disziplinen als auch zwischen Wissenschaft und Praxis überschritten.

#### **Als direktes Ergebnis des Arbeitspakets 12 war vorgesehen und wurden erarbeitet:**

AP 12 Einbindung der Akteure vor Ort durch Workshops. Dokumentation der Fallstudienworkshops



Fallstudienworkshops fanden statt am 17.09.2014 und am 18.11.2015 in Hannover statt. Eine Dokumentation wurden erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

## II.1.10 Handreichung

Aus den oben genannten Arbeitspakten wurde deutlich, dass von Seiten der Akteure vor Ort ein großes Interesse an zukünftiger Zusammenarbeit und struktureller Kooperation bestand. Entstanden ist daher eine Handreichung „Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft – Impulse zur Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune“. Die gesamte Handreichung dient dem Einstieg in eine stärker kooperative Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und kommunalen Verwaltungsbereichen. Sie ergänzt damit weitere praxisorientierte Handreichungen, die spezifische Checklisten, Gestaltungsvorschläge und Verfahrensweisen für Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft anbieten. Die Handreichung will zum Nachdenken darüber anregen, wie weit das eigene fachliche Handeln die Sicherheit im Wohnumfeld beeinflusst. Hierfür wurden Fragen aufgeworfen und erörtert, die für die einzelnen Akteure von Bedeutung sind und die Reflexion über die eigene Sicherheitswirkung unterstützen. Die Handreichung ist so aufgebaut, dass sie in einem Umschlag sowohl mit einem Booklet als auch mit elf ausgewählten Beispielen ausgestattet ist, die die Möglichkeiten und Formen der Kooperation verdeutlichen und Maßnahmen darstellen, die zu einem sicheren Wohnumfeld beigetragen können. Die Beispiele bieten Anregungen für eigene Situationen und sind aus allen Ebenen der primären, sekundären und tertiären Prävention ausgewählt.

Auf dem Umschlag befinden sich Erläuterungen über die Hintergründe und Details zu den „Impulsen“, die in Form von Fragen in dieser Handreichung dargestellt sind. Damit bietet es sich für eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Thema an.

Das Booklet ist ausführlicher und bietet Hintergrundinformationen und Grundlagen zu Themen der Sicherheit im Wohnumfeld, Kooperationen für ein sicheres Wohnumfeld. Anschließend gliedern sich die Erörterungen zu sozialen und sozialräumlichen Aspekten, baulich planerischen Ansätzen und Verfahren und Strukturen für ein sicheres Wohnumfeld.

### Als direktes Ergebnis des Arbeitspakets 13 und 15 waren vorgesehen und wurden erarbeitet:

AP 13 Ausarbeitung eines Paper „Best-Practice-Beispiele“		
In der Handreichung Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft - Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune“	▷	Practice Beispiele sind in der Handreichung enthalten und werden als Onlineversion auf der Homepage <a href="http://www.transit-online.info">www.transit-online.info</a> kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.
AP 15 Handlungsempfehlungen in Form einer gedruckten Broschüre.	▷	Die Handreichung wurde als gedruckte Broschüre rund 500-mal versandt und steht als Onlineversion auf der Homepage <a href="http://www.transit-online.info">www.transit-online.info</a> kostenfrei zur Verfügung.

### II.1.11 Implementierung sicherheitsrelevanter Aspekte über Handlungsempfehlungen

Die Verlängerung des Projektes erfolgte aufgrund des Ziels, eine nachhaltige Implementierung der Projekterkenntnisse und die Anwendung von Handlungsempfehlungen für sicherheitsrelevante Aspekte im Wohnumfeld zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Akteuren vor Ort wurden die konkreten, sicherheitsrelevanten baulich-räumlichen und sozialräumlichen Situationen im Wohnumfeld eruiert.

Auf der öffentlichen Abschlussveranstaltung am 03.11.2016 wurden bereits „Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit im Rahmen der Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte in Wohnumfeld und Nachbarschaft zur vorbeugenden Kriminalitätsverhütung“ unterzeichnet. Die Unterzeichnenden beschlossen *„...vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklungen in Städten und Wohnquartieren und der prognostizierten demografischen Alterung, der ethnisch-kulturellen Heterogenisierung und der sozialräumlichen Polarisierung künftig schon durch baulich/planerische Konzepte die Tatgelegenheitsstruktur für mögliche Täter zu minimieren und die Wohn- und Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zu erhöhen.“*

#### Als direktes Ergebnis des Arbeitspakets 16 waren vorgesehen und wurden erarbeitet:

AP 16 Implementierung und Einbindung sicherheitsrelevanter Aspekte in der Wohnnachbarschaft

Unterzeichnung einer Absichtserklärung auf der Abschlussveranstaltung

Implementierung in die tägliche Arbeit über

- 1. Lüneburg: Einrichtung eines AK Sicherheit im Wohnumfeld im kommunalen präventionsrat am 21.12.2016
- ▷ 2. Braunschweig: Einbindung der Erkenntnisse im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungsprozesses ISEK am 01.03.2017
- 3. Emden: Einrichten eines Arbeitskreises Sicherheit im Wohnumfeld im kommunalen Präventionsrat am 006.04.2017

## II.1.12 Übersicht

Als konkrete Ergebnisse des Projektes und den einzelnen Arbeitsschritten waren vorgesehen und wurden erarbeitet

AP 1 Ein „Glossar“ mit Erörterungen und Erklärungen zu zentralen Begriffen der Thematik Kriminalprävention im Städtebau und Sicherheit im Wohnumfeld und Nachbarschaft aus der Praxis und Wissenschaft sowie aus den verschiedenen Fachdisziplinen wie Polizei, Planung, Wohnungswirtschaft, kommunale Verwaltung.

Ein Glossar wurde erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die  
▷ Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung als gedruckte Version zur Verfügung.

AP 2: Paper zu Theoretischen Grundlagen des Themenfeldes. Analyse vorhandener Ansätze und Strategien städtebaulicher Kriminalprävention, ganzheitlicher Präventionsansätze und kooperativer Sicherheitsstrategien auf kleinräumiger Ebene in Deutschland und dem europäischen Ausland.

Eine Broschüre als Lang- und Kurzfassung „Theoretischen Grundlagen der Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld“ wurde erstellt und auf der  
▷ Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung als gedruckte Version zur Verfügung.

AP 3: Typisierungen von Gefahrenräumen Definition und Qualifizierung raumbezogene Kriminalität

Befragung zur raumbezogenen Kriminalität wurde durchgeführt und floss in die weitere Bearbeitung des Projektes ein.

Broschüre „Kleinräumige Kriminalitätslagebilder“

▷ Wurde erstellt und den Projektpartnerinnen und Projektpartnern sowie der Polizei als gedruckte Version zur Verfügung gestellt. Aufgrund der datenschutzrechtlichen Anforderungen wurde die Broschüre nicht öffentlich bereitgestellt.

AP 4: Vorbereitung Durchführung und Auswertung der Befragung. Entwicklung eines Fragebogens, Auswahl der Umfrageteilnehmenden, Versand und Begleitung der Befragung, Erstellen eines gelabelten Datensatzes, Hypothesenentwicklung für die Auswertung,

Die für die Fertigung der Broschüre notwendigen Vorarbeiten wurden ausgeführt und sind als Bestandteil eingeflossen.

Broschüre „Auswertung der Befragung zum Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld“ wurde  
▷ erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

Erstellen einer Broschüre

AP 5 Zulieferung der wohnungswirtschaftlichen Perspektive zum Theoretischen Paper und Einbringen der Perspektive in den Projektverlauf sowie Teilnahme und Vortragsbeiträge auf den öffentlichen Veranstaltungen (Kick-Off, Meilen-

▷ Alle Zulieferungen sind erfolgt und in den Verlauf des Projekts eingeflossen. In der Broschüre „Ergebnisse der Befragung von Wohnungsunternehmen zu sicherheitsrelevanten Themen“ sind die Erkenntnisse zusammenfassend dargestellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kos-

stein, Workshops und Abschlussveranstaltung).

Zusammenfassung der Erkenntnisse in einer Broschüre

AP 8 Aufnahme subjektiver Wahrnehmungen und Katalogisierung von Incivilities und fotodokumentarische Aufnahme festgestellter Incivilities.

Erstellen einer Broschüre

AP 9 Vergleichende Analyse der Gefahren- und Angsträume auf Basis der empirischen Arbeit in den Arbeitspaketen 3 und 8 und Darstellung der Ergebnisse in einer Broschüre

AP 10 Erfassung kriminalpräventiver Aktivitäten der Akteure vor Ort in den drei ausgewählten Fallstudien-Städten in Niedersachsen und Zulieferung zu einer Dokumentation

AP 12 Einbindung der Akteure vor Ort durch Arbeitsworkshops. Dokumentation der Fallstudienworkshops

AP 13 Ausarbeitung eines Paper „Best-Practice-Beispiele“

In der Handreichung Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft - Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune“

AP 14 und 18 Entwicklung eines modellhaften Fort- und Weiterbildungsmoduls und Durchführung der Veranstaltung

AP 15 Handlungsempfehlungen in Form einer gedruckten Broschüre.

tenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

Broschüre „Dokumentation der Begehungen und Beobachtungen“ wurde erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

Broschüre „Gegenüberstellung von Angsträumen und Gefahrenorten“ wurde erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

Broschüre „Akteure, Netzwerke, Strategien für ein sicheres Wohnumfeld in den Fallstudienstädten“ wurde erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

Fallstudienworkshops fanden statt am 17.09.2014 und am 18.11.2015 in Hannover statt. Eine Dokumentation wurden erstellt und auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

Practice Beispiele sind in der Handreichung enthalten und werden als Onlineversion auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung gestellt. Gedruckte Exemplare standen für die Teilnehmenden auf der Abschlussveranstaltung zur Verfügung.

Modellhaftes Seminar hat am 15. Und 16.09.2016 in Berlin stattgefunden. Ausführliche Darstellung erfolgt im Difu Abschlussbericht

Die Handreichung wurde als gedruckte Broschüre rund 500-mal versandt und steht als Onlineversion

auf der Homepage [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info) kostenfrei zur Verfügung.

AP 16 Implementierung und Einbindung sicherheitsrelevanter Aspekte in der Wohnnachbarschaft

Unterzeichnung einer Absichtserklärung auf der Abschlussveranstaltung

Implementierung in die tägliche Arbeit über

- 4. Lüneburg: Einrichtung eines AK Sicherheit im Wohnumfeld im KPR
- ▷ 5. Braunschweig: Einbindung der Erkenntnisse im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungsprozesses ISEK
- 6. Emden: Einrichten eines Arbeitskreises Sicherheit im Wohnumfeld im kommunalen Präventionsrat

## Literatur

Balsiger, Philipp W. (2005): Transdisziplinarität. Systematisch-vergleichende Untersuchung disziplinenübergreifender Wissenspraxis, München.

Bourdieu, Pierre (1995): Sozialer Raum und „Klassen“, Frankfurt am Main.

Boers, Klaus (1998): Kriminalität und Kriminalitätseinstellung im Prozess einer nachholenden gesellschaftlichen Modernisierung. In: Wolf, Gerhard: Kriminalität im Grenzgebiet. Schriftenreihe der Juristischen Fakultät der Europa, Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Berlin o.a., S. 85-126)

Boers, Klaus / Kurz, Peter (1997): Kriminalitätseinstellungen, soziale Milieus und sozialer Umbruch, in: Boers, Klaus / Gutsche, Gunter / Sessar, Klaus (Hrsg.). Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland, Opladen, S. 187-253.

COST-Action TU1203: Crime Prevention through Urban Design and Planning, [http://www.cost.eu/COST\\_Actions/tud/TU1203](http://www.cost.eu/COST_Actions/tud/TU1203), Zugriff am 10.02.2107.

Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie, Frankfurt / New York.

Jacobs, Jane (1961). The Death and Life of Great American Cities. New York.

Jeffery, C. Ray (1977): Crime Prevention Through Environmental Design, Beverly Hills.

Kohl, Andreas (2012): Situative Kriminalprävention. Bundeszentrale für Politische Bildung. Dossier Innere Sicherheit. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76667/situative-kriminalpraevention?p=all>. Letzter Zugriff: 06.04.2017

Landeskriminalamt Niedersachsen (2017): [http://www.lka.polizei-nds.de/praevention/vorbeugung\\_themen\\_und\\_tipps/staedtebau/staedtebau-152.html](http://www.lka.polizei-nds.de/praevention/vorbeugung_themen_und_tipps/staedtebau/staedtebau-152.html).

- LKA - Landeskriminalamt Niedersachsen (2014): EU-Projekt Planning urban Security Plus. Webseite. [www.lka.polizei-nds.de/praevention/vorbeugung\\_themen\\_und\\_tipps/staedte\\_bau/staedtebau-152.html](http://www.lka.polizei-nds.de/praevention/vorbeugung_themen_und_tipps/staedte_bau/staedtebau-152.html), letzter Zugriff am 06.04.2017.
- Landeskriminalamt Niedersachsen, Dezernat 32 (2014): Dein Zu Hause Sicher das! Gemeinsame Offensive für Einbruchschutz, Hannover.
- LKA - Landeskriminalamt Niedersachsen (2015): Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen. Abschlussbericht zur ersten Befragung im Frühjahr 2013, Hannover. <http://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie---befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html>
- LKA - Landeskriminalamt Niedersachsen (Hrsg.) (2012): Final Report, Informationen zum EU-Projekt "Planning urban Security", Hannover ([www.plus-eu.com](http://www.plus-eu.com)) Zugriff am 02.02.2013).
- LKA - Landeskriminalamt Niedersachsen (Hrsg.) (2011): Interim Report, Informationen zum EU- Projekt "Planning urban Security", Hannover ([www.plus-eu.com](http://www.plus-eu.com), Zugriff am 06.04.2017)
- Löw, Martina: Raumsoziologie, e-Book, Frankfurt am Main 2001.
- Mittelstraß, Jürgen (1995): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, in 4 Bd., Bd.2, Stuttgart.
- Newman, Oscar (1972). Defensible space: Crime prevention through urban design. New York: Macmillan.
- Oberwittler, Dietrich / Wikström, Per-Olof (2009): Why small is better? Advancing the study of the role of behavioral contexts in crime causation. In: Weisburd, David et al: Putting Crime in its Place. Units of Analysis in Geographical Criminology. S. 35-59. New York.
- Oberwittler nach Mayr (1999): Soziale Probleme, Gewalt- und Jugenddelinquenz in der Stadt Ansätze einer sozialökologischen Forschung. In Albrecht, Hans-Jörg (Hrsg.): Forschungen zu Kriminalität und Kriminalitätskontrolle am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i.Br., S. 403-419.
- Pfeiffer, Hartmut (2006): Schlussfolgerungen aus dem Modellprojekt "Kriminalprävention im Städtebau". In: Landespräventionsrat Niedersachsen / Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Die Sichere Stadt als interdisziplinäre Aufgabe, Deutsche und europäische Perspektiven, Hannover, S. 19-30.
- Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Zentrale Geschäftsstelle: Städtebau und Kriminalprävention (2003): Eine Broschüre für die planerische Praxis, Stuttgart.
- Reichert, Christa (2012): Städtebauliches Entwerfen, Wiesbaden.
- Ruhne, Renate (2003): Raum Macht Geschlecht. Zur Soziologie eines Wirkungsgefüges am Beispiel von (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum, Opladen.
- Sailer, Kerstin (2004), Raum beißt nicht. Neue Perspektiven zur Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum. Beiträge zur Planungs- und Architektursoziologie, Band 2, Frankfurt a.M.
- Schnur, Olaf: Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven, in: Schnur, Olaf (Hrsg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis, 2. Auflage, Wiesbaden 2014, S. 21-56.

Schubert, Herbert / Niescken, Johanna (2011): Kurzbericht der Arbeitstagung zur städtebaulichen Kriminalprävention vor Ort, S. 22 oder ([www.sicherheit-staedtebau.de/downloads/20120216\\_Kurzbericht\\_Arbeitstagung-zur-staedtebaulichen-Kriminalpraevention-vor-Ort.pdf](http://www.sicherheit-staedtebau.de/downloads/20120216_Kurzbericht_Arbeitstagung-zur-staedtebaulichen-Kriminalpraevention-vor-Ort.pdf)) Zugriff am 01.02.2017

Schwind, Hans-Dieter nach Herold (2016): Kriminologie und Kriminalpolitik. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, 23. Auflage, Heidelberg, S. 334-357.

Steffen, Wiebke (2013): Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag: Sicher leben in Stadt und Land. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Sicher leben in Stadt und Land. Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages 2012 in München. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 47-120

Stummvoll, Günter (2007): Schutz durch Gestaltung, IRKS Working Paper No 2, Wien.

Verbundprojekt transit Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (/2016) Sicherheit im Wohnumfeld – Theoretische Grundlagen der Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld Berlin 2016

Wacquant, Loic (2007): Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität. In: Das Argument 271, S. 399-409.

Wikström, Per-Olof (2009): Violence as Situational Action. International Journal of Conflict and Violence, Vol 3 (1) 2009, pp.75-96.

## II.2 Positionen des zahlenmäßigen Nachweises

**Inhalt der Seite 47 ist  
vertraulich**

### **II.3 Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit**

Ohne die Zuwendung zur Realisierung des Vorhabens hätte es die personellen Ressourcen im LKA NI für eine Bearbeitung in diesem Umfang und mit dem intensiven wissenschaftlichen Anforderungen sonst nicht gegeben. Die Angemessenheit der geleisteten Arbeit ist über die Komplexität des Themas deutlich geworden. Unterschiedliche wissenschaftliche Fachdisziplinen (Soziologie, Kriminologie, Raumwissenschaften und Architektur) mussten genauso bedient werden wie die polizeiliche Praxis und die wohnungswirtschaftliche Perspektive.

### **II.4 Voraussichtlicher Nutzen, Verwertbarkeit der Ergebnisse fortgeschriebener Verwertungsplan**

Auftrag des Projektes transit war es, transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen zu entwickeln und in die Alltagsorganisation bestehender Institutionen einzubinden. Im Verlauf des Projektes sind in diesem Zusammenhang neue, bislang noch nicht dagewesene Methoden und Ansätze zur Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte entstanden. Dies entspricht dem vorgesehenen transdisziplinären Ansatz und stellt einen Mehrwert für die für Sicherheit zuständigen Akteure dar und folgt einem ganzheitlichen und interdisziplinären Verständnis von Sicherheitsarbeit.

Der Zugewinn des wissenschaftlichen Nutzens liegt vor allem in folgenden Punkten

#### **Kriminologie:**

- Ausarbeitung eines differenzierten Bildes zur raumbezogenen Kriminalität und Ordnungsstörungen.
- Bestätigung der sinnhaften Betrachtung kleinräumiger Zusammenhänge (nach Oberwittler und Wikström).
- Empirische Absicherung der Bedeutungen von gebautem Raum und sozialer Nachbarschaft für das Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung
- Die genderspezifische Auswertung der Bevölkerungsbefragung ergab neue Erkenntnisse und Konkretisierungen zur subjektiven (Un)Sicherheit.
- Kleinräumigen Kriminalitätsanalysen können verlässliche Hinweise auf Risiken in Nachbarschaften und deren Umfeld geben.
- Entwicklung des neuen Analyseinstruments der Begehung

#### **Planungssoziologie:**

- Eine raumbezogene Sichtweise unterstützt die notwendige Betrachtung von Gemeinwesenarbeit und baulich-räumlichen Ansätzen
- Verifizierung der Bedeutung von Raum und Geschlecht. Neue Erkenntnisse über Opfer und Täterstrukturen ermöglichten eine differenzierte Betrachtung von Raumstrukturen in

Verbindung mit dem Einsatz des sozialen Kapitals (nach Bourdieu) und der Fähigkeit der Raumeignung im Sinne des physisch angeeigneten Raums (nach Löw).

#### **Praktischer Mehrwert für die Polizei**

- Durch Analyseinstrument kann die Kriminalität verringert und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verbessert werden, daher erfolgt ein praktischer Nutzen durch Forschung.
- Durch Mitwirken der Polizei in Planungsprozessen können Tatgelegenheiten verhindert werden.
- Der Ansatz unterstützt das Sichtbarmachen der Wirksamkeit von Prävention.
- Die sich stärker ausformulierenden Aufgabenstellungen erfordern die Entwicklung gezielter und passgenauer Maßnahmen.
- Effektivierung von Einsatz und Ressourcen durch vorzeitige Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte und durch verbindliche Absprache der Akteure.

#### **Praktischer Mehrwert für die Wohnungsunternehmen**

- Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden sind für die Wohnungswirtschaft relevant, da sie letztendlich den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen berühren.
- Quartiere in denen sich Bewohnerinnen und Bewohner unsicher und/oder unwohl fühlen werden weniger nachgefragt und sind auch in der Bewirtschaftung für die Unternehmen zumeist aufwändiger.
- Das Projekt bietet den Wohnungsunternehmen praxisnahe Hinweise, sich des Themas Sicherheit im Wohnumfeld in Kooperation mit anderen wichtigen Akteuren vor Ort anzunehmen.
- Unterschiedliche Blickwinkel der Akteure auf bestimmte Situationen.
- Quartiersbezogene Vernetzung, Austausch und Kooperation sind deshalb wichtig, um eine gemeinsame Perspektive auf Quartiere zu erhalten – Die gemeinsame strukturierte Begehung kann hierfür ein gutes Instrument sein.

#### **Mehrwert für die Kommune**

- Der transdisziplinäre Ansatz bietet den beteiligten Fachbereichen/Ämtern Ansatzpunkte für gemeinsames problemorientiertes Handeln.
- Besonders gut lernt es sich an konkreten Beispielen. Die Beispiele aus anderen Kommunen ebenso wie die Begehung konkreter Problemlagen vor Ort fördern die Erarbeitung gemeinsamer Lösungen.
- Der polizeiliche Blick erweitert die Wahrnehmung auf die Situation des Quartiers und leistet einen Beitrag für lebensweltnahe Lösungen
- Der Austausch mit Polizei und Wohnungswirtschaft trägt zur sinnvollen Kombination von baulichen, organisatorischen und sozialen Maßnahmen bei.

- Transdisziplinäre Zusammenarbeit unter Sicherheitsaspekten führt zu lebendigen Städten und lebenswerten Quartieren

Die im Projekt durchgeführten Workshops, Informationsveranstaltungen und die Tagung sowie die aus dem Projekt entstandenen Publikationen und Fachartikel dienten dazu, die Erkenntnisse an die Zielgruppen aus Wissenschaft und Praxis zu vermitteln

## **II.5 Ergebnisse, die von dritter Seite bekannt geworden sind**

Die enge Verzahnung mit der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen ermöglichte einen Austausch in Bezug auf die Kriterienliste und Handlungsempfehlungen. Hier wurde auf bestehenden Kriterien aufgebaut. Parallel konnten Weiterentwicklungen aus dem Projekt in die fachlich-praxisbezogene Bearbeitung der SIPA einfließen.

Aus dem Forschungsprojekt SENSICO: Sicherheit älterer Menschen im Wohnquartier konnten insbesondere Angaben zum Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung abgeglichen werden. Auch der kleinräumige Ansatz der Betrachtung wurde bestätigt.

Parallel zum Projekt führte das LKA eine Befragung zu „Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen“ durch. Abgestimmt wurden hier vor allem Fragekomplexe zur Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft. Über den repräsentativen LKA Dunkelfeld-Datensatz mit mehr als 20.000 Respondenten konnten einige Fragestellungen mit Fragestellungen aus dem transit Projekt validiert werden.

## **II.6 Wissenstransfer und Veröffentlichungen**

Der Wissenstransfer aus dem Projekt transit erfolgte auf verschiedenem Wege. Zentral für die Vermittlung der gewonnenen Erkenntnisse war die Handreichung „Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft. – Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen“ sowie die einzelnen Broschüren zu den Arbeitsschritten. Die Abschlusstagung umfasste die internationale Einbindung der Ansätze, über die nationale Perspektive der drei Akteursgruppen bis hin zur lokalen Unterzeichnung von Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Rahmen der Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte in Wohnumfeld und Nachbarschaft zur vorbeugenden Kriminalitätsverhütung.

Weitere Publikationen und Vorträge erfolgten in den Einzelnen disziplinären Zusammenhängen und auf Fachveranstaltungen. Presse- und Radioberichte brachten das Projekt und seine Ergebnisse auch der nicht-fachlichen Öffentlichkeit nahe.

## Liste der Vorträge und Veranstaltungen

### 2017

- 25.04.2017 Podiumsteilnehmerin am Expertinnen und Expertengesprächs im Rahmen des Seminars „Dialog Extrem 2017“ des Fachgebietes „chair of urban design“ der TU Berlin zum Thema „Angst – popfaktische Intelligenz“, Berlin.
- 12.04.2017 Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld. Vortrag auf den Ayringer Ostertage Sicherheit in Städten und Ballungsräumen Herausforderungen, Erfahrungen, Handlungskonzepte, gemeinsam mit Hartmut Pfeiffer.
- 06.04.2017 Sicherheit im Wohnumfeld, Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt transit und Vorschläge zur Umsetzung städtebaulicher Kriminalprävention in Emden, im Rahmen des Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt in Emden.
- 17.03.2017 Angsträume und Gefahrenorte - Sicherheitsrelevante Aspekte als Qualitätsmerkmale für den öffentlichen Raum, im Rahmen der Fachtagung „Denkfabrik - Chancengleichheit „ Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt an Frauen und Mädchen, Gleichstellungsstelle in Freiburg.
- 08.03.2017 Raumorientierte Kriminalität Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt zu subjektiver und objektiver Sicherheit im Wohnumfeld, Spanische Polizeidelegation im LKA Hannover.
- 01.03.2017 DENK DEINE STADT – Die sichere Stadt - Vorschläge zur Umsetzung städtebaulicher Kriminalprävention, im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Braunschweig.
- 22.02.2017 Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen, Vorstellung des Projekts transit beim Fachausschuss Quartier des verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. (vnw), Andreas Schmalfeld.
- 02.02.2017 Kriminalprävention im Städtebau– Objektive und subjektive Sicherheit Differenzierte Nutzungsperspektive als Entwurfsmerkmal für mehr Sicherheit in der Stadt, Vortrag in der Beuth Universität Berlin.

### 2016

- 21.12.2016 Kurzvorstellung des Projektes transit zur Einrichtung eines Arbeitskreises Sicher Bauen und Wohnen in Lüneburg, anlässlich der konstituierenden Sitzung in Lüneburg.
- 08.11.2016 Fachveranstaltung zum Thema „Sicheres Bauen und Wohnen in Hansestadt und Landkreis Lüneburg“ in Lüneburg.
- 03.11.2016 Abschlussveranstaltung des Forschungsprojektes.
- 24.10.2016 Vortrag „Gefahrenorte und Angsträume. Ergebnisse eines Forschungsprojektes zur urbanen Sicherheit am Beispiel der Braunschweiger Weststadt, Lions Club Braunschweig.
- 30.09.2016 Vortrag „Von der Theorie in die Praxis – Impulse für die Planung und Gestaltung sicherer Quartiere“, im Rahmen der Fort- und Weiterbildung beim Difu in Berlin, gemeinsam mit Dirk Behrmann.

- 01.09.2016 Vorstellung des Forschungsprojektes vor den Anwärtern des gehobenen Dienstes der Polizei in Hannover.
- 21.06.2016 Vortrag zu den Zwischenergebnissen aus Emden-Barenburg in Emden.
- 07.06.2016 Vortrag zu den Zwischenergebnissen aus Lüneburger-Mittelfeld in Lüneburg.
- 04.04.2016 Vortrag zu den Zwischenergebnissen aus der Braunschweiger Weststadt im Rahmen der Sitzung des Präventionsrates in Braunschweig.
- 16.03.2016 Leitung des Praxisforum 2 auf der 5. Niedersächsischen Regionalkonferenz Kommunale Kriminalprävention in der Stadthalle Braunschweig, gemeinsam mit Dr. Holger Floeting.
- 09.03.2016 Space oriented crime - Findings of a survey of (in)security within building environments ad neighbourhood. Vor der italienischen Delegation im LKA Niedersachsen, Hannover.
- 04.02.2016 Vortrag Kriminalprävention in Wohnumfeld und Nachbarschaft – Angsträume und Gefahrenorte, im Rahmen der Fortbildung bei der DHPol in Münster.
- 2015**
- 18.11.2015 Zweiter Kommunaler Workshop, Vorträge und Arbeitsgruppen in Hannover.
- 12.11.2015 Vortrag „Sicherheit gestalten“ im Rahmen der Informationsveranstaltung des Landkreises Lüneburg, Polizeiinspektion Lüneburg, Hansestadt Lüneburg und Kriminalpräventionsrat Lüneburg „Sicheres bauen und wohnen“, Lüneburg.
- 03.10.2015 Vortrag „Angsträume und Gefahrenorte – eine interdisziplinäre Betrachtung“ auf dem Deutschen Kongress für Geographie 2015 in Berlin.
- 04.09.2015 Vortrag, gemeinsam mit Dr. Olga Siegmunt HCU Hamburg: Transdisciplinary Research: Approaches and Benefits of a Strategy by the example of a cooperation between Police, Local Government Actors and Housing Associations im Rahmen des European Society of Criminology in Porto.
- 01.09.2015 Vorstellen des Projektes im Rahmen der Polizei Anwärter 2015 in Hannover.
- 29.06.2015 Sicherheit im Wohnumfeld – Begehungen mit lokalen Fachexperten in Lüneburg.
- 24.06.2015 Sicherheit im Wohnumfeld – Begehungen mit lokalen Fachexperten in Emden.
- 18.06.2015 Vorstellen des Projektes in der PD Lüneburg.
- 08.06.2015 Vortrag gemeinsam mit dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen/Bremen: „Kriminalprävention im Wohnumfeld - Aufwand und Nutzen für die Wohnungswirtschaft“, 20. Deutscher Präventionstag, Frankfurt am Main.
- 03.06.2015 Sicherheit im Wohnumfeld – Begehungen mit lokalen Fachexperten in Braunschweig
- 07.05.2015 Vortrag Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld – Eine komplexe interdisziplinäre Aufgabe im Rahmen des Fachdialogs Sicherheitsforschung in Berlin.
- 22.04.2015 Vortrag: „Sicherheit gestalten“ im Rahmen der Informationsveranstaltung des Landkreises Uelzen, Polizeikommissariat Uelzen, Kreishandwerkerschaft Lüneburger Heide in Uelzen.
- 09.04.2015 transit Zwischenbericht im Innenministerium Niedersachsen.

## **2014**

- 20.11.2014 Vortrag " Sicherheit gestalten - Zur tatsächlichen und gefühlten (Un)Sicherheit im Wohnumfeld im Rahmen der Fachtagung Sicheres Bauen und Wohnen in Hansestadt und Landkreis Lüneburg in Lüneburg.
- 06.11.2014 Verbundpartnertreffen in Berlin.
15. 10 2014 Moderation eines Tisches auf dem Niedersächsischen Präventionstages zum Thema städtebauliche Kriminalprävention und wohnungsbezogene Infrastruktur
- 26.09.2014 Vortrag "Space oriented crime: Findings of a survey of (in)security within building environments and neighbourhoods. Im Rahmen der internationalen Konferenz "Engendering Cities, Designing sustainable and inclusive urban environments for all in Rom.
- 17.09.2014 Erster kommunaler Workshop (World Café) mit VertreterInnen aus den Fallstudienstädten.
- 31.07.2014 Vortrag im Rahmen eines Pressetermins vor dem OB der Hansestadt Lüneburg, den kommunalen Vertretern des Ordnungsamtes, Vertretern der örtlichen Wohnungsunternehmen und der örtlichen Presse.
- 22.05.2014 Vortrag Integration statt Segregation? Nachbarschaft als sozialer und baulicher Ort für mehr Lebensqualität. Im Rahmen der Danziger Gespräche, eine internationale Polizeikonferenz des LKA Mecklenburg-Vorpommern.
- 13.05.2014 Vorstellung des Projektes transit im Rahmen des Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, FD Stadtplanung der Stadt Emden.
- 12.05.2014 Vorstellung des Projektes bei den Wohnungsunternehmen Braunschweig.
- 08.05.2014 Vortrag zu transit im Rahmen des BMBF-Innovationsforum „Zivile Sicherheit in Berlin.
- 07.05.2014 Podiumsteilnahme im Rahmen des BMBF-Innovationsforum „Zivile Sicherheit“ zu transit als Beispiele für die erfolgreiche Projektvorbereitung und -durchführung in Berlin.
- 25.04.2014 Vorstellen des Projektes vor Vertreterinnen und Vertretern der Polizei, Kommune und Wohnungsunternehmen in Emden.
- 25.02.2014 Vorstellung des Projektes bei der Polizeidirektion Braunschweig.
- 10.11.2014 Vorstellung des Projektes im Rahmen der Weststadtveranstaltung in Braunschweig.
- 24.01.2014 Vortrag zur Kriminalprävention im Städtebau im Rahmen einer Lehrveranstaltung an der Beuth- Universität, Berlin.

## **2013**

- 09.12.2013 Präsentation des Projektes in Wilhelmshaven vor Polizei und kommunalen Vertretern
- 03.12.2013 Subjektive (Un)Sicherheit vs. tatsächliches Kriminalitätsaufkommen - gendersensitive Betrachtung und kommunale Handlungsbedarfe, Difu, Bereich Fortbildung, Berlin.
- 21.10.2013 Präsentation des Projektes in Lüneburg vor Polizei und kommunalen Vertretern.
- 01.10.2013 Vortrag zu raumbezogener Kriminalität und Präsentation von transit im Rahmen der Dezernat 11 Leiter der Polizeidirektionen Niedersachsen in Hannover.

- 18.09.2013 Vortrag "Gute Nachbarschaft als Garant für mehr Sicherheit?", 9. Niedersächsischer Präventionstag, Hildesheim.
- 10.09.2013 Eröffnungsveranstaltung mit internationalen und nationalen Beiträgen, Vortrag zu transit und Diskussion in Hannover.
- 19.08.2013 Vortrag „transit – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen – Neues Forschungsvorhaben zur urbanen Sicherheit“, Jahrestagung 2013 der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen, Hannover.

## Liste der Beiträge:

### 2017

**Abt, Jan / Floeting, Holger / Schröder, Anke** (2017): Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft. Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen, Forum Kriminalprävention 2/2017, S.2-6.

**Abt, Jan/Schröder, Anke** (2017.): Kriminalprävention im Städtebau – transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen, Stadtbauwelt, Heft 213, S. 40-47.

**BMBF (Hrsg.)** (2017): Aktuelle Ergebnisse aus der Sicherheitsforschung – Projekte stellen sich vor: Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen (transit), Informationsbrief für zivile Sicherheitsforschung 5/2017, S.3-4.

**Schmalfeld, Andreas / Schröder, Anke** (2017.): „Du siehst etwas, was ich nicht sehe“ Die gemeinsame stadträumliche Begehung als Ausgangspunkt für ein sicheres Wohnumfeld. DW, die Wohnungswirtschaft 5/2017, S. 8-10.

**Schröder, Anke** (2017): Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld. In Pro Polizei, Heft Januar / Februar 2017; S.20-21.

**Schröder, Anke** (2017): Angsträume und Gefahrenorte - mehr Sicherheit durch Stadtplanung. In Immobilien und Finanzierung Heft 01/2017, S.28-.

### 2016

**Schröder, Anke** (2016): Zur Bedeutung von Nachbarschaften und (Un)sicherheit im Wohnumfeld: In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.): Stadt der Zukunft - Stadt der Vielfalt, Band 7 Urbane Sicherheit, Berlin, S.17-23.

**Schröder, Anke** (2016): Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld – Eine komplexe, transdisziplinäre Aufgabe. In: Zoche, Peter / Kaufmann, Stefan / Arnold, Harald (Hrsg.): Grenzenlose Sicherheit, Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung. Zivile Sicherheit, Band 13, Berlin, S.75-94.

## 2015

**Inforadio Rundfunk Berlin – Brandenburg** (rbb) Interview über Sicherheit im öffentlichen Raum mit Hartmut Pfeiffer am 21.08.2015.

**Schröder, Anke (2015)**: Zur Bedeutung von Nachbarschaften und (Un)Sicherheit im Wohnumfeld. Beitrag im Rahmen der Veröffentlichung Stadt der Vielfalt, Berlin.

([www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale\\_stadt/gender\\_mainstreaming/pix/zukunft/cover7\\_copy\\_greve\\_59\\_5.jpg](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/gender_mainstreaming/pix/zukunft/cover7_copy_greve_59_5.jpg)), letzter Zugriff am 18.05.2017.

**Wissenschaftsjahr 2015**: Projektdarstellung auf der Homepage Zukunftsstadt und Interview mit Dr. Anke Schröder bei youtube ([www.youtube.com/watch?v=T6X6EuxvNY](http://www.youtube.com/watch?v=T6X6EuxvNY)), letzter Zugriff am 18.05.2017.

## 2014

**BBG Journal**, Die Mitgliederzeitschrift der Braunschweiger Baugenossenschaft, Ausgabe 75 Sommer 2014: Das Forschungsprojekt "transit" setzt auf Lebensqualität, S. 7.

**Emdener Zeitung**: Projekt soll das Wohnen in Emden sicherer machen, Donnerstag 15.Mai 2014, S.14

**LKA Bulletin** Ausgabe 1/2014: Sicherheit für mehr Lebensqualität, S.13.

**Lüneburger Zeitung**: Sicheres Mittelfeld, Ausgabe vom 01.August 2014, S. 3, Lüwo Bau Magazin: Sicheres Wohnen, Ausgabe 36/ 2014, S.20.

**NDR Radiobeitrag** Emdener Nachrichten am 23.05.2014

**Nibelungen Wohnbau**, Ihr Kundenmagazin: Wohnumfeld sicher gestalten, Ausgabe 2, Juli 2014, S.8-9.

**Ostfriesen Zeitung**: Damit sich Emden wohler fühlen, Ausgabe vom 23.Mai 2014, S. 18.

**Pro Polizei**: Kriminalprävention im Städtebau. Heft 4/2014, S.23.

**Radiobeitrag FFN** Regionale Nachrichten am 31.07.2014.

**Wiederaufbau Braunschweig**: Willkommen, die Mitgliederzeitung der Baugenossenschaft Wiederaufbau: Das Forschungsprojekt transit setzt auf mehr Lebensqualität, Ausgabe Sommer 2014, S.8.

## 2013

Internetpräsentationen unter: [www.transit-online.info](http://www.transit-online.info)

Kurzmitteilung zur Beteiligung des vdw am Forschungsprojekt In: vdw Magazin 04/13, S. 14

## III. Anlagen: